Klassenkampf

Kommunistisches Organ

r den Bezirk Halle=Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter=Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh Halle.

inzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, den 27. Januar 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 22

Nieder mit dem Luther=Kabinett

Eine provozierende Regierungserklärung

m Dienstag hat endlich nach monatelangem Kuhhandel Luther neugebildetes **„Kabinett der Mitte"** dem Reichstag vorgestellt und verantwortliche Regierungserklärung abgegeben. Die bekannten len des ersten reaktionären Luther-Kabinetts, die **Geßler, Brauns Stresemann,** zieren neben einigen neuen „demokratischen" Konzessionsschulzen die Regierungsbank; auf ihnen ruht vertrauensvoll Blick der zahlreich erschienen Entente-Vertreter, die gewiß sind, die **Politik des Locarno-Kabinetts unverändert weitergeführt** den soll.

bleibt beim alten Programm der Luther-Reaktion

 Beginn der Reichstagssitzung nimmt sofort **Luther,** von den munisten mit Rufen: „Der Mann mit der eisernen Stirn!" aus mit Geßler!" empfangen, das Wort zur

Regierungserklärung

führt aus:

s ist Sache des Reichstags, zu entscheiden, ob die neue Minderregierung der Mitte die Vertrauensgrundlage für ihre Arbeit n wird. In der **Außenpolitik** ist ihr Weg durch den abgeschlossenen Locarno-Vertrag bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der regierung wird den **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund** ben. Sie gebe sich der Erwartung hin, daß die Verhandlungen eine fühlbare Ermäßigung der Truppenstärke im besetzten Gebiet günstigen Ergebnis führen werden.

r die Fragen der **Innenpolitik** gelte die Erklärung, die von am 19. Januar 1925 im Reichstag abgegeben würde. Auf Erklärung berufe sich die neue Regierung auch wegen der grundsätzlichen Einstellung zu Beamtentum und Beamtenrecht und zu den unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. (Höhnische Zwischenrufe bei den Kommunisten. — Genosse Höllein wird zur ung gerufen.) Die Vermögensauseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern bedürfe einer möglichst baldigen gesetzlichen lung.

bei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Unruhe eines Volksentscheides ersparen möchte.

euter Entrüstungssturm bei den Kommunisten, minutenlange rbrechung Luthers durch Zwischenrufe, für die Loebe die Genossen mann, Schneller und Heckert zur „Ordnung" ruft.)

ie Ueberwindung der Wirtschaftskrise erfordere die Aufbietung geistigen und sittlichen Kräfte. Die öffentlichen Ausgaben seien ein Mindestmaß herabzusetzen. (Zwischenrufe: **Beamtenabbau,** ergehälter!) Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern dürfe grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Der Wiederbelebung des deutschen Handels seien die hohen Zölle des Auslandes äußerst hinderlich.

Besonders stark wird der Widerspruch der kommunistischen Fraktion, als Luther den Mut aufbringt, zu erklären,

„daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Preissenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden müsse."

Beim Protest gegen diese offene Verhöhnung des Reichstags wird Genosse Höllein zum zweitenmal zur Ordnung gerufen. Die Reichsregierung plane die Einbringung eines **Arbeiterschutzgesetzes,** das die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfasse und die Arbeitszeit neu regeln soll. Die Unterzeichnung des **Washingtoner Abkommens** müsse von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen.

Die Regierung werde **„mit besonderer Aufmerksamkeit feststellen, ob eine Linderung der Not der Kurzarbeiter möglich ist."** Die deutsche Gesamtpolitik müsse auf die Herstellung eines wirklichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein.

Mit keinem Wort ging Luther auf die durch die zahlreichen kommunistischen Zwischenrufe aufgeworfenen Fragen ein. **Er schwieg zu den Protesten gegen Geßler, gegen Erwerbslosen- und Beamtennot, gegen die Schande der Mietsteigerungspläne.** Und es war typisch, daß **Loebe** Luther in Schutz nahm mit der Bemerkung: „Der Reichskanzler spricht, was er will!" — Worauf ihm die Antwort wurde: **„Er soll sprechen, was die Arbeiter brauchen!"**

Nach Luthers Rede wurde gegen die Stimmen der Kommunisten die **sofortige Vertagung beschlossen;** die Stellungnahme zur Regierungserklärung, für die jeder Partei eineinhalb Stunden zugemessen sind, wurde auf **Mittwoch** nachmittag vertagt und soll mit der Abstimmung am Donnerstagabend abgeschlossen werden. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten wurde gegen die Parteien der Minderheitsregierung beschlossen, die deutschnationale Interpellation über die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit der Debatte über die Regierungserklärung zu verbinden.

Mißtrauensantrag der Kommunistischen Partei

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur Erklärung der Regierung folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung Luther besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Luther-Reaktion oder Reichstagsauflösung?

Halle, 27. Januar.

Gestern ist das zweite Luther-Kabinett zum erstenmal nach ewigen Kuhhandeleien wieder auf der politischen Tribüne erschienen und hat die Regierungserklärung heruntergeleiert. Das zweite Luther-Kabinett! Die Arbeiterschaft hätte sich dies zweite Luther-Kabinett sparen können. Warum? Als nach dem Austritt der drei deutschnationalen Minister die SPD. verkündet hatte: „Wir sind und werden keine Lückenbüßer sein, wir werden das im Fallen befindliche Luther-Kabinett, das für die werktätige Bevölkerung durch seine Zoll-, Steuer- und „Abwertungs"-gesetze, sich in genügendem Maße abgewirtschaftet hat, nicht stützen, sondern die Reichstagsauflösung fordern," da glaubten wohl alle sozialdemokratischen Arbeiter, daß diesen **Worten** ihres Parteivorstandes und ihrer Parteipresse auch die **Taten** folgen würden. Sie sind bitter enttäuscht worden. Die Locarno-Verhandlungen ergaben, daß die Sozialdemokratie die Schwäche der Deutschnationalen nicht ausgenützt hat, daß sie im Gegenteil die Deutschnationalen stärkte, indem sie in die Lücke sprang, um die Politik fortzuführen, die die Deutschnationalen eingefädelt hatten: die Locarno-Politik. Gewiß, die offiziellen Instanzen der SPD. haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie für die Locarno-Politik sind. Aber es handelte sich ja nicht um diese grundsätzliche Frage. **Es handelte sich lediglich darum, ob die SPD. die Locarno-Politik in diesem Reichstag unterstützen würde oder nicht.** Die SPD. hat mit ihrer Entscheidung bewirkt, daß wir heute wieder Luther und Stresemann an der Spitze des neuen Kabinetts sehen, die tausendfach auch in der sozialdemokratischen Presse als Feinde der werktätigen Bevölkerung durch ihre Taten angeprangert worden waren.

Wenn man die jetzige Regierung betrachtet, so unterscheidet sie sich in der Tat nicht von der früheren Regierung. Sie ist ein Rechtskabinett, nur mit etwas anderer Besetzung wie vorher. Als demokratischen Konzessionsschulzen hat man den Herrn Külz ins Kabinett hereingenommen, der als Dresdener Oberbürgermeister 1923 nicht genug nach dem Reichswehreinmarsch schreien konnte und dessen dunkle Vergangenheit im Krieg — er stand auf der Auslieferungsliste und sollte zum Tode verurteilt werden — ihn wahrhaftig auch nicht als Freund der werktätigen Masse charakterisiert. Von Herrn Külz steht fest, daß er auf dem rechtesten Flügel der Demokratischen Partei steht, und daß er sich politisch vollkommen identifiziert mit einer anderen Aquisition der Demokratie: dem Reichswehrminister Geßler.

Ein sogenannter neuer Mann ist auch der Reichswirtschaftsminister **Kurtius,** der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei steht, ein Vertrauensmann der Schwerindustrie, der die Aufgabe haben wird, das Programm der Schwerindustrie, die Nationalisierungsoffensive mit aller Brutalität gegen die Arbeiterschaft durchzuführen.

Das sind in der Hauptsache die neuen Männer, die in das Kabinett Luther eingetreten sind. Kein Arbeiter wird einen Unterschied zwischen dieser Regierung und der früheren Luther-Regierung, die mit deutschnationalen Ministern besetzt war, entdecken können.

Luther hat sein Regierungsprogramm verlesen. Mechanisch leierte er seine Phrasen herunter, die doch niemand ernst nimmt. Ohne jedes Interesse nahmen die bürgerlichen Parteien dieses Regierungsprogramm entgegen. Lediglich die kommunistischen Abgeordneten gaben dem Regierungsprogramm des Herrn Luther durch ihre Zwischenrufe die richtige Würze. Herr Luther fabelte wieder einmal in seiner Regierungserklärung von dem so glorreich begonnenen und durchgeführten **„Preisabbau".** Diese alte Walze hörte man bereits im früheren Luther-Kabinett immer und immer wieder, und man kennt das Resultat: die Preisabbau-Offensive, die Luther seit dem Sommer betrieben hatte und die am 1. Oktober 1925 Punkt 12 Uhr ihre Verwirklichung finden sollte, ist zu einer **Preissteigerungs-Offensive** geworden. Heute muß das gleiche Rezept herhalten. Kein Abgeordneter, kein Regierungsmitglied glaubt daran, am wenigsten Luther. Aber diese Preisabbauphrasen haben sich als gutes Mittel erwiesen, **die Gewerkschaften von jedem Lohnkampf abzuhalten.** Und so bedeutete diese Redewendung von dem Preisabbau nichts anderes als die verschleierte Diktatur des Unternehmertums, brutal jede Löhnerhöhung abzuwürgen.

Auch an sozialpolitischen Phrasen sparte Luther nicht. Er kann es sich ja leisten, dies zu tun, weil er als ausführendes Organ den besten Vertrauensmann der Schwerindustrie, den Herrn Kurtius hat, der im Auftrag der Herren von Kohle und Eisen das Programm des Abbaues der sozialen Lasten durchführen wird.

Eine besonders große Provokation der werktätigen Masse war **sein Hieb gegen den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten.** Sollte diese Anzapfung etwa bedeuten, daß man mit allen Mitteln diesen Volksentscheid hintertreiben will, daß man kein Mittel unversucht lassen will, um diese verfassungsmäßige Handlung des Volkes abzuwürgen? Herr Luther und seine Regierung kann gewiß sein, daß ein Massensturm ihn hinwegfegen wird, wenn er seine Hand dazu bieten sollte, den ins Rollen gekommenen Volksentscheid durch die **Machtmittel des kapitalistischen Staates illusorisch zu machen.**

reinbarungen zwischen KPD. und SPD. in der Frage des Volksentscheids

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 27. Januar.

ntsprechend dem gemeinsam eingereichten Gesetzentwurf zur tenenteignung traten am Dienstagnachmittag die Vertreter Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zusammen einigten sich auf folgende Punkte:

1. Herstellung **und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate mit dem Gesetzentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur** Hälfte **durch die Sozialdemokratische und Kommunistische** Partei.
2. Die **Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und** an eine **für jeden Bezirk verantwortliche Adresse geschickt. Der Versand an sämtliche Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebrief oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.**
3. Die **Plakatherstellung und Verteilung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In dem Bezirk** erfolgt zwischen **beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.**

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größ Gewissenhaftigkeit zu treffen, **um eine Riesenzahl von Wäh zum Einzeichnen für das Volksbegehren zu veranlassen.** e sonstige Propaganda, Versammlungen, Demonstrationen andere Veranstaltungen, die zu diesem Zwecke vorgenommen , ist von den einzelnen Korporationen entsprechend den ten Beschlüssen der Verhandlungskommission **selbständig** zu en.

Freche Polizeiprovokation in Stettin

(Eig. Drahtm.) Stettin, 27. Januar.

s Stettiner Polizeipräsidium ließ der KPD. und dem RFB. ilen, daß das Polizeipräsidium die Demonstration, die heute Stettin stattfindet, sofort auflösen lasse, wenn — gesungen ! Bei den Verhandlungen, die daraufhin geführt wurden, unsere Genossen auf das Gesetz- und Verfassungswidrige einer solchen Anordnung hinwiesen, erklärte der Polizeirat Nitz, ihn kümmerten die Bestimmungen der Verfassung nicht. In Stettin bestimme er, was gemacht werden dürfe und was nicht. Die Polizei fühle sich durch das Singen provoziert und würde unter allen Umständen mit allen Mitteln einschreiten. Auf die Bemerkung, daß die Polizei damit ein Blutvergießen heraufbeschwören wolle, erklärte er, daß er die Verantwortung dafür schon allein tragen würde.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Lübbering verbietet Demonstration für Fürstenenteignung

Das ist der „Kampf" der SPD. gegen das fürstliche Räuberpack!

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 27. Januar.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Lübbering hat die für heute angemeldete Demonstration verboten. Obwohl gestern nach dem Bekanntwerden des Verbotes sofort Vertreter verschiedener Organisationen vorstellig wurden, bleibt die Demonstration verboten.

An die werktätige Bevölkerung von Halle!

Die von unten auf gebildete proletarische Front muß den heutigen Geburtstag des in Doorn sitzenden Hauptes der fürstlichen Räuber zu einem schwarzen Tag für die Monarchisten und Fürstenknechte machen. Der 27. Januar muß außerdem einen Massenaufmarsch gegen die Unternehmeroffensive sehen. Deshalb

Heraus zur Massen-Kundgebung heute abend 7 Uhr, im „Vollspark"!

Keinen Pfennig den Fürsten!

Sofortige Hilfe den Erwerbslosen!

Auflösung des Reichstags!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0001

Das neue Luther-Kabinett ist ein Minderheitskabinett. Es bedarf der Stütze, um leben zu können, entweder von deutschnationaler oder sozialdemokratischer Seite. Heute schon wird es sich entscheiden, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich diesem Kabinett gegenüber verhalten wird.

In der Zwischenzeit zwischen dem ersten und zweiten Kabinett Luther hat innerhalb der Sozialdemokratie der große Kampf gegen die Große Koalition eingesetzt, und die sozialdemokratischen Arbeiter haben durch ihre Einstimmigkeit den eigenen Instanzen gezeigt, daß sie nicht willens sind, sich zum Prügelknaben der Schwerindustrie herzugeben. In der gleichen Weise haben die sozialdemokratischen Arbeiter keinen Zwifel darüber gelassen, daß sie mit tiefstem Haß diesem verschleierten Rechtskabinett gegenüberstehen. Es ist doch wirklich ein Zeichen der Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter, wenn selbst eine so rechtsstehende Sozialdemokratie wie die Sozialdemokratie von Halle es in ihrer letzten Sitzung abgelehnt hat, das Luther-Kabinett direkt oder indirekt zu unterstützen. Wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiter so ins Gesicht schlagen, daß sie sich dazu hergibt, dieses Kabinett zu unterstützen? Das ist die entscheidende Frage.

Die überwiegende Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter wird mit uns einig sein, wenn wir sagen: Mag sich die Luther-Regierung ihre Mehrheit holen, woher sie will. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, diese Regierung auch nur in irgendeiner Form zu stützen. Sie haben im Gegenteil alles Interesse daran, daß der Reichstag aufgelöst wird und daß die für die gesamte arbeitende Klasse günstige Situation ausgenutzt wird, um ein Parlament zu schaffen, das dem Ruck der Arbeiterklasse nach links mehr Ausdruck verleiht, als dies heute der Fall ist.

Einheitskomitees

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 27. Januar.

In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern von 19 Organisationen wurde gestern ein Einheitskomitee gebildet. Ortsausschuß des ADGB., Afa- und Beamtenkartell hatten bekanntlich aufgefordert, die Sitzung nicht zu besuchen. So waren in der ersten Sitzung nur drei zentrale Gewerkschaften vertreten. Das Einheitskomitee hat die Aufgabe übernommen, an die Vorstände der noch ausstehenden Organisationen persönlich heranzutreten, um sie zur Teilnahme zu gewinnen. In seiner nächsten Sitzung wird das Komitee als Leitung einen Arbeitsausschuß endgültig einsetzen.

•

(Eig. Drahtm.) **Krefeld**, 27. Januar.

Gestern fand auf Einladung des Erwerbslosenausschusses eine Besprechung aller proletarischen Organisationen statt. 25 Delegierte folgten der Einladung. Trotz Zusage war das Reichsbanner nicht offiziell vertreten. Die SPD. hatte durch ein Schreiben mitgeteilt, daß sie eine Teilnahme solange ablehnen müsse, bis nicht die Spitzenorganisationen in Berlin zu einer Einigung gekommen wären.

•

Hamburg. In Hamburg wurde ein Ausschuß für entschädigungslose Enteignung der Fürsten gebildet, der sich mit dem ADGB. und den politischen Parteien in Verbindung setzen will. Die KPD. wird ihm selbstverständlich beitreten.

•

Magdeburg. Am Sonntag wurde ein provisorischer Werbe- und Propagandaausschuß für die Durchführung des Volksentscheids gebildet. Vertreten sind: KPD., Proletarische Freidenker, RFB., Internationaler sozialistischer Kampfbund, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, KJVD., JAH., RFMB., PGD., Rote Hilfe.

•

Essen. Auf Veranlassung der KPD. wurde in Lüdenscheid ein Einheitskomitee gebildet, dem bis jetzt angehören: KPD., SPD., USPD., RFB., Ortsausschuß des ADGB., freigewerkschaftliches Jugendkartell, Arbeitersportkartell und Freidenkerverein. Der Vertreter des Reichsbanners erklärte sich persönlich zur Mitarbeit bereit, muß aber zunächst noch das Einverständnis seiner Organisation einholen.

•

Solingen. In Wald bildeten alle proletarischen Organisationen einen Aktionsausschuß gegen die monarchistische Reaktion. Sämtliche anwesenden Organisationen traten dem Ausschuß bei, der aus fünf Kommunisten und fünf Sozialdemokraten besteht.

•

Suhl. Der Ortsausschuß des ADGB. Suhl sandte an die Arbeiterorganisationen ein Schreiben, in dem er zur Bildung eines Komitees zur Durchführung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser auffordert.

Eine Mehrheit für das kommunistische Sperrgesetz zur Vorbereitung der Fürstenenteignung

Aus dem Rechtsausschuß des Reichstags

Während draußen im Lande die große Kampagne für den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten schon mit voller Wucht eingesetzt hat, setzt gleichzeitig auch noch der Rechtsausschuß im Reichstag mit der bei ihm üblichen Bedächtigkeit seine Beratungen fort. In der Sitzung vom Dienstag, dem 26. Januar, wurden noch die Auseinandersetzungsverhandlungen des Staates Lippe-Detmold mit den verschiedenen Zweigen seines angestammten Herrscherhauses (Lippe-Biesterfeld, Lippe-Weißenfeld, Schaumburg-Lippe und Lippe-Falkenflucht!) geklärt. Jede dieser Haupt- und Nebenlinien hat aus dem kleinen Ländchen erkleckliche Summen Geldes, viele tausend Hektar Land, Schlösser, Jagdschlösser, Oberförstereien usw. herausgeschunden, und der Staat hat dafür obendrein alle Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Hofbeamten, Pensionären usw. übernommen. Das hat aber den Fürsten Leopold, seine Brüder, Oheime und Vettern nicht abgehalten, dieses ganze Abkommen im Jahre 1925 wegen Irrtums anzufechten, um bei den monarchistischen Richtern der deutschen Republik noch höhere Zuwendungen herauszuschlagen. Auch neue Aufwertungsansprüche hat er Ende 1925 noch geltend gemacht.

Die kommunistischen Vertreter, die Genossen Neubauer und Korsch, geißelten gebührend diese Unverschämtheit eines Duodezfürsten, der in der Raubgier den Hohenzollern und anderen größeren Herren nacheifert und brachten folgendes Sperrgesetz ein:

„Alle Rechtsstreitigkeiten, die bei deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern anhängig sind, werden bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) ausgesetzt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet."

Genosse Korsch verwies zur Begründung auf die vielen Anfechtungs- und Aufwertungsprozesse, die zurzeit anhängig wären. Er erinnerte daran, daß man seinerzeit auch beim Aufwertungsgesetz die Gerichte gehindert hätte, den Inflationsopfern vor dem Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes etwas mehr zuzusprechen als die jämmerlichen Almosen, die ihnen später das Gesetz gewährt hätte.

Dagegen versuchten einige Vertreter der deutschnationalen Partei, darunter der berüchtigte Fürstenknecht Everling, mit juristisch fadenscheinigen Gründen nachzuweisen, daß die ganze reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung, und also auch schon dieses Sperrgesetz, verfassungswidrig sei. Dagegen traten alle anderen Parteien, zusammen also eine sichere Zweidrittel-Mehrheit des Hauses, für den vernünftigen, zweckmäßigen und auch rechtlich durchaus begründeten Antrag der Kommunisten ein und stellten nur einige kleine Abänderungsanträge technischer Natur, denen die kommunistischen Antragsteller leicht zustimmen können. Die noch nicht beendigte Debatte wird nächsten Dienstag fortgesetzt.

Keinen Pfennig den Fürsten

So lautet die Parole von vielen Millionen Arbeitern, Angestellten, Beamten, Bauern, Kleinbürgern. Um das durchzuführen, muß Geld aufgebracht werden, denn die

Partei ist in Not!

Der Volksentscheid muß zum Erfolg, zur völligen entschädigungslosen Enteignung der Fürsten führen, denn: Keinen Pfennig den Fürsten.

Dafür aber nur 50 Pfennig für das Parteinotopfer!

von jedem Werktätigen, und der Erfolg ist gewiß!

Die sozialdemokratische Presse stellt sich schützend vor Grützners Hungererlaß

In vielen Orten haben sich Erwerbslosenversammlungen, die zum Teil sogar aus einer Mehrheit von sozialdemokratischen Arbeitern bestanden, gegen den bekannten Grützner-Erlaß gewandt. In Halle hat sich sogar nach einem Referat des sozialdemokratischen Stadtverordneten Schaumburg eine ebenfalls aus Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengesetzte Erwerbslosenversammlung, wie wir vor einigen Tagen berichten konnten, einstimmig mit den allerschärfsten Worten, wie sie anders auch nicht von der kommunistischen Presse gebraucht worden sind, gegen Grützner gewandt. Macht alles nichts! Die sozialdemokratische Presse läßt ihre eigenen hungernden Parteigenossen fallen und beginnt, ausgerechnet jetzt, Loblieder auf ihren Grützner zu singen. Das Bemerkenswerte aber ist, daß ausgerechnet der Zeitzer „Volksbote", der sich sonst nicht genug tun konnte in äußerlichem Wortradikalismus, dabei die Führung hat.

Wir möchten nicht versäumen, unseren Lesern kleine Stichproben von dem hysterischen Gekreisch, mit dem er Grützner herausstreicht und die kommunistische Presse für alles und jeden verantwortlich macht, zu geben. Nach dem „Volksboten" haben die Kommunisten „statt wirklicher Hilfe nur radikale Phrasen". Die „brauchen die Krise nur, um ihre zum Stillstand gekommene Parteimühle in Gang zu setzen." Sie „treiben mit hungernden arbeitslosen Massen Schindluder". Sie „stacheln sie durch himmelhohe Versprechungen auf". Dieses „Treiben ist erbärmlich und verantwortungslos". Der „Hauptzweck aller kommunistischen Anträge ist, die Not der Arbeitslosen zu steigern". Die Kommunisten hoffen dadurch „die Empörung zu schüren — für Putsche". — — —

Wir verzichten selbstverständlich, auf dieses geistlose Zeug näher einzugehen. Es genügt wohl, diesen Quatsch denkenden Arbeitern vorgesetzt zu haben.

Nachdem aber solchermaßen genügend gegen die Kommunisten eingeheizt worden ist, beginnt die Glorifizierung des Hungererlaß-Grützner. Wir zitieren wiederum die sich überschlagenden hysterischen Verwünschungen des „Volksboten" gegen die KPD.: „Eine der niederträchtigsten Hetzkampagnen" — „von Verdrehungen und Gemeinheiten strotzend" — „erbärmliche, niederträchtige, bolschewistische Demagogie" — „niederträchtige Verleumdung dieser schmutzigen Demagogen." — Solche und viele andere Schimpfepitel werden losgelassen, um Grützner reinzuwaschen.

Wer schimpft, hat aber bekanntlich unrecht. Und wie unrecht der „Volksbote" hat, das beweist schon eine kleine Ueberlegung: Die Herren aus dem „Volksboten" beklagen sich über eine „Hetzkampagne" gegen Grützner. Das nächstliegende wäre doch zunächst, daß man Grützner anraten würde, seine reaktionären Attacken gegen die Erwerbslosen bleiben zu lassen, damit die Kommunisten nicht „hetzen" können.

Was können denn die Kommunisten dafür, daß Grützner alle deutschnationalen Regierungspräsidenten an reaktionärer Gesinnung übertroffen hat durch seinen bekannten Erlaß?

Was der „Volksbote" sonst noch an sachlichen Momenten anführt zur Verteidigung des Grützner-Erlasses, ist mehr als kläglich. Tatsache ist, daß durch den Grützner-Erlaß erst den meisten reaktionären Gemeinden die Möglichkeit gegeben wurde, trotz entgegengesetzter Beschlüsse der Gemeindevertretungen sich vor Sonderunterstützungen zu drücken. An dieser Tatsache wird nichts geändert, wenn der Regierungspräsident Grützner nachträglich unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter etwas von „Weitherzigkeit" erzählt, mit der verfahren werden soll. Es genügt, festzustellen, daß selbst der „Volksbote" zugeben muß, daß außerdem noch Sonderzuwendungen, wenn sie ausnahmsweise nach „individueller Prüfung" erfolgen sollten, als Darlehn zu betrachten sind, die von den Erwerbslosen zurückgezahlt werden müssen.

Auch diese kurzen objektiven Feststellungen werden für denkende Arbeiter genügen!

Ob es den Herren im „Volksboten" paßt oder nicht, ob sie hysterisch kreischen oder nicht, ist vollkommen nebensächlich, wir werden rücksichtslos, weil wir ein Organ für die Arbeiterinteressen sind, jeden geißeln, der gegen diese Arbeiterinteressen verstößt.

Sollte aber der „Volksbote" glauben, daß jetzt alle Sünden und Verbrechen sozialdemokratischer Führer mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zugedeckt werden müssen, weil in diesen Tagen in der Frage der Fürstenenteignung eine Einigung zwischen SPD. und KPD. zum Zweck der Durchführung des Volksentscheids erfolgt ist, dann ist er gewaltig im Irrtum. Diese Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten Zieles mit genau vorher bestimmten Kampfmitteln ist aber auch in keiner Weise für die SPD. ein Freibrief dafür, auf anderen Gebieten Arbeiterinteressen zu schädigen. Die Spekulation, daß unter dem Mantel des gemeinsam durchzuführenden Volksentscheids notorische Arbeiterverräter, wie Grützner einer ist, ihre Schandtaten ungestraft vollführen könnten, diese Spekulation sollen sich die Herren in der „Volksboten"-Redaktion aus ihrem unintelligenten Schädel schlagen!

Her mit der Landtagsauflösung in Sachsen

Die Rechtssozialisten sabotieren weiter

Ende dieser Woche findet der sächsische Landesparteitag der SPD. statt. Man sollte annehmen, daß bis dahin alles zur Durchführung der Landtagsauflösung in Sachsen vorbereitet ist. Aus einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" über die Jahresgeneralversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD. geht indessen hervor, daß die 23 rechtssozialistischen Abgeordneten nicht daran denken, dem Beschluß des Heidelberger Parteitages auf Auflösung des Landtages Rechnung zu tragen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Arzt aus Dresden berichtete in seinem Referat über die Aufgaben des sächsischen Parlaments, daß Heldt, der sächsische Ministerpräsident, und seine Kollegen planmäßig und bewußt die Erfüllung des Heidelberger Beschlusses hinausschieben. Die Minderheit der SPD.-Fraktion stellte bei einer Besprechung mit der Fraktion und den Landesinstanzen den Antrag, die sofortige Landtagsauflösung zu beschließen. Die Rechtssozialisten antworteten darauf, es liege kein politischer Grund dazu vor. Stelling, der Vertreter des Parteivorstandes, schlug darauf vor, Anträge einzubringen, die aus sich heraus den Grund zur Auflösung ergeben würden — Anträge über die Not der Bevölkerung infolge der Wirtschaftskrise, über die Wohnungsfrage, über die Wiedereinführung des Achtstundentages, Erhöhung der Grundsteuer usw. Die Rechtssozialisten verschoben aber die Sitzung, die zur Prüfung der Anträge dienen sollte, von Tag zu Tag. Ein Antrag Stellings, eine besondere Kommission unter Hinzuziehung des Parteivorstandes einzusetzen, wurde ebenfalls sabotiert. Die 23 Rechtssozialisten lehnten die Teilnahme des Parteivorstandes ab! Arzt schloß sein Referat mit der Feststellung, daß nach ruhiger, sachlicher Prüfung nur ein Urteil bliebe: die Rechtssozialisten sind nicht gewillt, dem Heidelberger Beschlusse Rechnung zu tragen.

Arzt schilderte außerdem im einzelnen die unverantwo… fertige und reaktionäre Politik des Kabinetts Heldt, … Schnäuzigkeit Heldts gegenüber seinen eigenen Parteige… die Lobhudeleien des gleichen Heldt gegenüber Hind… monarchistischen Generalen. So hat Heldt bei dem … Generals Müller diesen Blutgeneral als einen Mann … sich die Sympathien der gesamten Bevölkerung erw…

Die Generalversammlung nahm …chlich einen Antrag … Forderung sofortiger Landtagsauflösung an und eine … lution, worin es heißt:

„Die sächsische Politik ist seit dem Heidelberger Par… Fortsetzung derselben verhängnisvollen Koalitionspoliti… seit dem Januar 1924 zum schwersten Schaden des … Proletariats ausgewirkt hat. Für diese Art Koaliti… lehnt die sächsische Partei jede Verantwortung ab.

Aus dem Verhalten der Fraktionsmehrheit ist mit … lichkeit die Absicht zu erkennen, den Heidelberger Be… sabotieren. Ueber dieses Verhalten drückt die Generalv… lung ihre stärkste Entrüstung aus. Vom Parteivorstand … die Generalversammlung, daß er nicht nur für den Hei… Beschluß eintritt, sondern auch für seine Anerkennung … führung bei der Fraktionsmehrheit sorgt.

Der Landesparteitag muß Klarheit über die Durchfüh… Heidelberger Beschlusses durch die Landtagsauflösung … Weigert sich die Fraktionsmehrheit weiter, den Be… Reichsparteitags durchzuführen, so sind die Mitglieder de… tagsfraktion, die sich auf den Boden des Beschlusses vo… berg stellen, verpflichtet, im Sinne der sozialdemokratisch… sätze und Beschlüsse der zuständigen Organisationen in … sozialistische Politik zu vertreten und die bisherige Ko… politik rücksichtslos zu bekämpfen."

Thüringisches Ausnahme„recht" gegen die …

Verbot der Zugehörigkeit zur KPD. für Bea…

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende … pellation eingebracht:

„Die thüringische Dienststrafkammer hat unter dem 13. … 1926 in einem Urteil gegen den Lehrer Kohlrausch in … Ausdruck gebracht, daß ein Beamter nicht Mitglied der … nistischen Partei sein dürfe, und daß schon die bloße Mitgl… gegen die allgemeinen Gesetze und gegen das Beamtenge… besondere verstoße.

Zwar ist die Dienststrafkammer in diesem Falle zu ein… sprechenden Urteil gekommen, weil sie annahm, daß der … angegebene Rechtszustand dem Beschuldigten noch nicht … gewesen sein konnte; aber sie schließt ihre Urteilsbegrün… folgendem Satze:

„War somit dem Beschuldigten die Mitgliedschaft in … staatsfeindlichen Partei und die Betätigung für diese Pa… den genannten subjektiven Gründen für die Vergangen… Dienstvergehen nicht anzurechnen, so kann er sich für die … auf jene Gründe selbstverständlich nicht berufen, da er … die Begründung dieses Urteils über die ihm in dieser … obliegenden Beamtenpflichten nunmehr genau unterri… d. h. er kann, will er sein Amt behalten, nicht Mitglied de… bleiben, solange sie die gleichen staatsfeindlichen Ziele … wie bisher."

Dieses Urteil der thüringischen Dienststrafkammer mach… verfassungs- und gesetzeswidrigen Standpunkt des Milit… habers Hasse zu eigen, der den Lehrer Kohlrausch bereits … des Ausnahmezustandes des Jahres 1924 mit derselben Be… seines Amtes enthoben hatte. Es ist ganz offenbar ein … politisches Tendenzurteil, das dazu dienen soll, die Beam… dem Eintritt in die Kommunistische Partei zurückzuhalt… Urteil stellt zugleich aber in seinem letzten Satze eine un… Nötigung dar, durch die es einen Beamten zwingen will, … Partei auszutreten.

Das ganze Urteil der thüringischen Dienststrafkammer … krassem Widerspruch mit dem klaren Wortlaut der Reichsve… die im Artikel 118 jedem Deutschen das Recht der freien … und in Artikel 130 allen Beamten die Freiheit ihrer po… Gesinnung verkündet.

Ist die Reichsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, da… Beamten die in der Reichsverfassung gegebenen Rechte sich… werden und daß auch in den Ländern die Reichsverfass… Geltung gebracht wird?"

Putschgerüchte

Roßbach in Berlin

Berlin, 26. Ja…

Die „BZ. am Mittag" berichtet von einem Putschmar… der vaterländischen Verbände am heutigen 27. Januar, … Geburtstag des ehemaligen Kaisers. Der Befehl soll eine … weise Besetzung der Stadt Berlin, von Charlottenburg … dem Osten, vorsehen, ebenso die Besetzung einiger Schupo… deren „unzuverlässige" Mannschaften entwaffnet werden … worauf die Verbände-Mitglieder in Schupo-Uniform Die… sollen. In den Kreisen der Nationalen Verbände wird … zählt, das Unternehmen sei völlig gesichert und zuverlässig… wehr sei zur Unterstützung der Putschisten bei Berlin zu… gezogen. Die Polizei erklärt, daß sie von diesen Gerüchten … Kenntnis habe, ihnen aber keine praktische Bede… beimesse. Die „BZ." bezeichnet diese Pläne als die „alten … Spielereien, die niemals glücken könnten". — Die „BZ." … gleichzeitig vom Aufenthalt des amnestierten Freischarführ… leutnant Roßbach in Berlin. Roßbach soll von der … um „Auskunft" ersucht werden „in zwei Fällen … Fememorden". Es handelt sich um das spurlose Ve… des Unteroffiziers Zoigt und des Gefreiten Kurt Leo.

Beilegung des Konflikts um die ostchinesi… Eisenbahn

Ein Erfolg der Sowjet-Union

Peking, 25. Ja…

Zwischen dem russischen Generalkonsul in Mukden und dem … sischen Außenkommissar für die Mandschurei wurde durch ein … einkommen der Konflikt um die Ostchinesische Eisenbahn mi… großen Erfolg für Sowjet-Rußland beendet. Die wichtigsten … graphen dieses Uebereinkommens lauten:

„1. Der Direktor der Ostchinesischen Eisenbahn, Iwano… alle Angestellten, Beamten und Arbeiter, die verhaftet … sind, müssen entlassen werden.

2. Nach ihrer Entlassung wird der normale Zugverkeh… aufgenommen.

3. Militärtransporte können auf der bisher bestehenden … vorgenommen werden, wobei aber natürlich die Un… chinesischen Regierung in Rechnung gesetzt werden.

4. In Zukunft müssen sich auch größere Truppen… streng den Regeln unterwerfen, die von der Ostchinesischen … bahn herausgegeben sind. Die Entscheidung über die … der finanziellen Verluste, die die Ostchinesische Eisenba… rend des Konflittes erlitten hat, wie auch über einige … Probleme, wird demnächst von beiden Parteien getroff… den."

Ueberall kracht's

Gewaltiger Sturz des Lei in Rumänien

Bukarest. Seit einigen Tagen dauert der anhaltende … Sturz des Lei an, der gestern nur noch 10 Prozent der … Notierung erreichte. Der Sturz hatte eine fürchterliche … auf dem rumänischen Markt. Die Bankrotte und das … um Zahlungsaufschub häufen sich täglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0002

Die Wendung der KPD. und die ultralinken Methoden

Von G. Sinowjew

Nachstehend veröffentlichen wir mit Zustimmung des Genossen Sinowjew das Vorwort zu seinen soeben in Leningrad als Broschüre erschienenen Reden in der deutschen Kommission des EKKI vom August 1925.

Einige ultralinke Genossen in der KPD. versuchen, die Diskussion in unserer russischen Bruderpartei auszunutzen, um Verwirrung zu stiften und Gerüchte über eine Aenderung des Kurses der Komintern in Umlauf zu setzen.

Die klare, eindeutige Stellungnahme der nachstehenden Ausführungen wird dazu beitragen, diese ebenso sinnlosen wie schädlichen Spekulationen zu durchkreuzen.

Jedes Parteimitglied sollte diese Sätze aufmerksam lesen — und beherzigen.

Das Polbureau des ZK.

Der vor drei Monaten veröffentlichte Brief des EKKI. ist in den Reihen der KPD. auf die allerbreiteste Sympathie gestoßen.

Von oben bis unten hat die Partei diskutiert, und trat in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Boden des EKKI. und des neuen Zentralkomitees. Die Reichsparteikonferenz, die die Diskussion abschloß, zeigte, daß die deutsche Kommunistische Partei, wie auch bisher eine der zuverlässigsten und reifsten Sektionen der Komintern bleibt und daß die Arbeiter hinter uns stehen. Die Partei beginnt mit allen Kräften und auf richtigere Weise heranzukommen an die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter; sie beginnt einen wahrhaften Kampf um die proletarische Einheitsfront zu führen.

Für die geschaffene Situation bedeuten die Berliner Wahlen einen gewaltigen Erfolg unserer Partei. Die weiteren Wahlen (in Hessen usw.) sowie eine ganze Reihe anderer Symptome sprechen dafür, daß der deutsche Kommunismus marschiert.

Die Ergebnisse der Gemeindewahlen, die alarmierten Stimmen der bürgerlichen Presse, die Verwirrung in den Reihen der sozialdemokratischen Bureaukratie, die der Brief des EKKI. hervorgerufen hat, zeigen, daß der entscheidende Schlag gegen die ultralinken Elemente der KPD. und die Ablösung der Führer, die es nicht verstanden haben, die Linie des EKKI. durchzuführen, richtig waren und rechtzeitig erfolgten.

Aber es wäre ein Fehler, zu glauben, daß die ultralinken Stimmungen endgültig überwunden sind. Die Wurzeln der „Ultralinks"-Stimmungen — liegen in der allgemeinen Situation, in der Verlangsamung des Entwicklungstempos der proletarischen Revolution. Sie lassen sich in zwei bis drei Monaten nicht endgültig liquidieren.

Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow trat an die Spitze der Partei nach dem Bankrott von Brandler. Das opportunistische Wesen des Brandlerismus, das sich in einem für die deutsche Arbeiterklasse entscheidenden Moment offenbarte, begünstigte die Ergreifung der Führung durch die Gruppe Ruth Fischer.

Der Leser wird aus dieser Broschüre ersehen, daß die Komintern keine hohe Meinung war von den Qualitäten der „linken" Intellektuellen. Unter großen Befürchtungen waren wir genötigt, unser Einverständnis dazu zu erteilen, daß an die Spitze der Partei Vertreter dieser Gruppe gelangten, die ihre aufrichtige Absicht erklärten, die Linie der Komintern zu verwirklichen. Aber die Komintern ging, trotz der Befürchtungen, nicht auf die Vorschläge jener Genossen ein, die während des Anwachsens der revolutionären Stimmung der Massen diese Gruppe mechanisch von der Parteiarbeit abdrängen und ihre einzelnen Vertreter von der Partei isolieren wollten. In dieser Frage hat die Komintern richtig gehandelt, obwohl sie wußte, daß es früher oder später notwendig werden wird, mit diesen Genossen einen entscheidenden Kampf um die leninistische Linie in der KPD. aufzunehmen, sofern sie sie im Prozeß ihrer Arbeit nicht verstehen werden.

Die allgemeine Linie der Komintern bleibt die gleiche, wie 1923/24. Die Beseitigung der Gruppe Ruth Fischer von der Führung erklärt sich nicht dadurch, daß die Komintern ihre Linie geändert hat, sondern dadurch, daß diese Parteiführer eben die ausschlaggebende Forderung des EKKI. — die richtige Art des Herantretens an die sozialdemokratischen Arbeitermassen — nicht zu begreifen vermochten. Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow begann von einer mehr oder weniger richtigen Linie, die sie vor dem 5. Weltkongreß der KI. und in den ersten Monaten nach dem 5. Kongreß durchführte, erneut zurückzukehren zu den ultralinken Methoden, die stellenweise restlos mit den sozialdemokratischen Methoden übereinstimmten. Dadurch erklärt es sich, daß das EKKI. entscheidend auftrat erst nach dem 10. Parteitag der KPD., als sich klar herausstellte, daß man die Partei nicht auf der Linie der Komintern, sondern nach dem Diktat einer kleinbürgerlichen Gruppe von Ultralinken führen will.

Die drei Monate, in deren Verlauf die Partei vom neuen ZK. geführt wird, haben gezeigt, daß die KPD. in ihrer Mitte jene Proletarier findet, aus denen wirkliche Führer geschmiedet werden.

Die Arbeit des neuen ZK. spielt sich ab ohne lärmende Reden und parlamentarische Gesten, aber es macht sich schon ganz klar bemerkbar, daß die Genossen, die die Partei führen, es in genügender Weise verstehen, die Stimmung der Massen zu erfassen und sich in dem komplizierten Durcheinander der deutschen Wirklichkeit zurechtfinden.

Die Führung der KPD. ist auf dem richtigen Wege; wenn dem so ist, so wird die Partei, die bereits von Tag zu Tag erstarkt und deren Einfluß wächst, imstande sein, die in der gegenwärtigen Periode vor ihr stehenden Probleme zu lösen: sie wird die Arbeitermassen erobern und ihre geschichtliche Mission erfüllen.

Januar 1926.

Der Brief Maslows

Der sächsische Justizminister zitierte einen Brief des Genossen Maslow aus dem Gefängnis.

Da wir jetzt im Besitz des Originals sind, wollen wir nochmals zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Der Brief trägt das Datum 24. 9. 25. Es heißt in ihm wörtlich:

„Das Gefängnis hier arbeitet sehr präzise und schnell, und die Beamten sind vollkommen korrekt, höflich und zuvorkommend, und zwar ohne jede Ausnahme."

An anderer Stelle heißt es:

„Ich amüsiere mich, so gut ich kann mit den hier vorhandenen Mitteln und staune „egal", wie man in Sachsen sagt, über die Entdeckungen, die gute Freunde in der Presse „nachträglich" machen: sogar die Frage, ob Oesterreich sich anschließen soll, so las ich, ist eine der schrecklichen Abirrungen von mir..."

In derselben Angelegenheit geben wir noch folgendes bekannt:

Die Genossen Schwan und Schütz haben nach einer Unterredung mit dem Genossen Maslow am 12. 1. 1926 eine Erklärung desselben formuliert und dem ZK. übergeben. In dieser Erklärung heißt es u. a.:

„Ich betone insbesondere ausdrücklich, daß der Genosse Lominadse mit dem angeblich von mir aus dem Gefängnis geschriebenen Brief einem plumpen Schwindel zum Opfer gefallen ist, da ein solcher Brief von mir niemals geschrieben wurde, der Andeutungen zuließe auf Verschönerungen und Verallgemeinerungen des Strafvollzugs, worunter unsere inhaftierten Genossen schwer leiden."

Und schließlich schreibt Genosse Maslow in einem Briefe vom 12. 1. 1926 an das ZK. über dieselbe Angelegenheit u. a. wie folgt:

„Ich habe dabei (bei der Unterredung mit den Genossen Schwan und Schütz) auch ein angebliches Zitat aus einem Brief von mir an den Genossen Wolff zu Gesicht bekommen, von dem ich positiv behaupten kann, daß es ein von unseren Gegnern zurechtgemachtes Zitat ist."

Es ist notwendig, zu der ganzen Angelegenheit folgendes festzustellen:

1. Der erste Satz im Original stimmt wörtlich überein mit dem Zitat. Dies ist also weder von den Gegnern zurechtgemacht worden noch ist der Genosse Lominadse einem plumpen Schwindel zum Opfer gefallen.

2. Das zweite Zitat ist ebenfalls wörtlich mit dem Original übereinstimmend. Der Justizminister hat den Nachsatz nicht zitiert und dadurch den Eindruck erweckt, als ob sich die Entdeckungen, die gute Freunde „nachträglich" machen, auf die Kritik der Gefängniszustände beziehen. Wir wollen feststellen, daß dem nicht so ist.

3. Feststeht die Sabotage unserer Amnestiekampagne und die Schädigung der Kritik der KPD. an dem Gefängniswesen und dem Strafvollzug durch Maslows würdelose Schönfärberei der schändlichen Verhältnisse in den Gefängnissen. Ein Führer darf nicht so schreiben. Genosse Lominadse hatte also vollkommen und unbedingt recht.

4. Feststeht das von der 1. Parteikonferenz und IKK. ausgesprochene Urteil, das Maslows Verhalten vor Gericht als eines Führers unwürdig bezeichnete.

Zum Schluß wollen wir eine Stelle aus einem Brief des Genossen Margies an seine Frau, der vor dem Bochumer Schwurgericht um seinen Kopf kämpft, bringen:

„Die Rote Hilfe wollte mir Anzug, Schuhe, Hut und Wäsche neu kaufen. Ich habe dies mit der Begründung abgelehnt, daß ich nicht wüßte, ob ich meine eigene Kleidung tragen dürfe, außerdem sei mein Zeug für die paar Tage gut genug. Mir tat das schöne Geld leid für die Sachen, die ich ja doch nur einige Tage tragen dürfte. Außerdem kann die Rote Hilfe das Geld für viel bessere Zwecke anwenden."

Margies, der einfache kommunistische Arbeiter, führte einen mutigen Verteidigungskampf für die Kommunistische Partei und die kommunistische Sache.

Maslow, der verantwortliche Führer, verleugnete vor den bürgerlichen Gerichten die revolutionären Grundsätze der Kommunisten und kompromittierte dadurch die KPD. vor ihren schlimmsten Feinden.

ZK. der KPD., Sekretariat.

---

10 Pfennig

kostet die soeben erschienene

Broschüre

des Genossen Paul Frölich:

Keinen Pfennig den Fürsten!

In ihr liest man, was das Fürstengesindel bisher erhalten hat, was es mit seinen „Rechten" auf Gold und Gut auf sich hat, wie das Pack zu seinen schamlosen Forderungen ermuntert worden ist.

Jeder Werktätige muß dieses Buch lesen!

und er kann es kaufen, denn 10 Pfennig sind

keine 3 Milliarden!

Er wird dann nur noch wuchtiger den Ruf erheben:

Volksentscheid!

(Zu haben in der Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstraße 14, in allen auswärtigen Filialen und bei allen „Klassenkampf"-Austrägern.)

Die Arbeiterschaft muß führen!

Zur Reorganisation auf Betriebszellen

Th. Im ganzen Reich beginnen die Betriebe, in Belegschaftsversammlungen zur Frage der entschädigungslosen Fürstenenteignung Stellung zu nehmen. In den hallischen Betrieben herrscht noch verhältnismäßige Ruhe, man hört jedenfalls wenig. Woran liegt das? Ist das Proletariat von Halle weniger interessiert an dem uns bevorstehenden Entscheidungskampf? Nein! Das ist nicht wahr!

Es liegt vielfach noch an unsern eigenen Parteigenossen, die selbst in dieser Situation zum Teil noch nicht die führende Rolle der Partei begriffen haben. Zum ersten Male in Deutschland wächst eine gewaltige Front zwischen Arbeiterschaft, Mittelstand und Bauernschaft heran. Jeder Parteigenosse muß sich aber im klaren sein, daß diese Front nur dann unzerreißbar bleibt, wenn an ihrer Spitze das aktive Proletariat steht und alle Maßnahmen der leitenden Instanzen kontrolliert. Fällt diese Aktivität des Proletariats vom Himmel? Nein! Können wir von der SPD. oder den Gewerkschaftsführern wirklich die Aktivisierung der Arbeiterschaft erwarten? Nein! Die SPD. fürchtet jede Massenbewegung, wie der Teufel das Weihwasser. Die aktiv handelnde Kraft der Arbeiterschaft wird nur dann der wachsenden Volksbewegung den notwendigen mächtigen Impuls geben, wenn die Kommunisten an ihrer Spitze marschieren, wenn jedes einzelne Mitglied wirklich begreift und lernt, ein Führer der Arbeiterschaft zu sein.

Das erfordert mustergültige Organisation. In dieser Woche finden in allen Distrikten die Betriebszellenversammlungen statt. Wir erfüllen die führende Rolle der Partei nicht, wenn wir uns in den Wohnbezirksversammlungen gegenseitig kluge und geistreiche Reden über die Fürstenabfindung halten. Wir sind nicht die Vorhut des Proletariats, wenn wir in den Wohnbezirksversammlungen jammern über die Passivität der Arbeiterschaft und geduldig darauf warten, bis der „liebe Gott" ein Wunder vollbringt. Es ist heute leicht, die Arbeiterschaft in allen Betrieben für die Volksbewegung zu gewinnen.

Was sagen die Betriebe zur entschädigungslosen Fürstenenteignung? Was denken die Arbeiter insbesondere darüber, daß die SPD. in Halle trotz des gemeinsamen Gesetzentwurfs die Bildung der Einheitskomitees ablehnt? Wie stehen die Betriebe zur neuen Luther-Regierung? Sind die Betriebe mit der Forderung auf schnellste Auflösung des Reichstags einverstanden?

Diese Fragen werden von den Betrieben nur beantwortet, wenn die Betriebszellen der KPD. die Fragen stellen und aufwerfen. Hier gibt es keine Entschuldigung. Selbst wenn nur ein oder zwei Genossen im Betriebe sind, müssen sie als Führer der Arbeiterschaft diese Fragen stellen. Kein Genosse darf deshalb in den nunmehr stattfindenden Zellenversammlungen fehlen. Wo noch keine Zellenversammlung einberufen ist, muß dies schleunigst nachgeholt werden. Der schnellste Ausbau der Betriebszellen ist die einzige Garantie für die werdende, kämpfende Einheitsfront. Ein Genosse, der in dieser Situation die Zellenversammlungen schwänzt, verhindert die Erfüllung der führenden Rolle der Partei, erleichtert der SPD. die Sabotage der wachsenden Einheitsbewegung und macht sich mitschuldig, wenn die Arbeiterschaft nicht als führende Kraft aus all den Niederlagen der letzten Jahre heraus den Sieg sich erkämpft.

Die Betriebszellen sind das Fundament des gewaltigen Kampfbündnisses des werktätigen Volkes gegen Reaktion und Unternehmeroffensive. Es ist höchste Zeit, daß jeder Parteigenosse selbst dieses Fundament bauen, diese unbesiegbare Waffe schmieden lernt!

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

„Jonathan," beharrte Mannister, „weshalb sprichst Du nicht? Hast Du kein Vertrauen zu mir?"

„Doch, doch, mein Junge. Siehst Du, ich bin ein alter Mann, gebe mich mit der Nonpartisan-League zufrieden, mit unserem alten La Follette. Aber die Jungen, die wollen nicht mehr warten, drängen ..." Er verstummte seufzend.

„Sie haben recht," sprach Mannister. „Wenn wir noch lange warten, können wir mit Leichen Revolution machen.

„Ich sage ja nichts gegen die Jungen," verteidigte sich der Farmer, „ich lasse meinen Kindern völlig freie Hand. Sie gehören der Federated-Farmers-Labour-Party an, agitieren, werben für ihre Partei. Aber schließlich ist Daisy doch nur ein Mädchen, obwohl sie stärker ist als mancher Bursche ... wie leicht könnte ihr etwas zustoßen."

„Was sollte ihr denn geschehen?"

„Es hat mehr als einmal Zusammenstöße mit der amerikanischen Legion und den Minutenmännern gegeben. Und gerade heute ... erwarten einen Agitator aus der Stadt ... es sollte in Olive ein Farmermeeting stattfinden ..."

Er verstummte jählings, jemand pochte ans Fenster. Jonathan ging hinaus und kehrte gleich darauf mit einem völlig durchnäßten, hinkenden jungen Mann zurück.

„Was geschah, Jimmy?" fragte der Farmer und half dem jungen Mann, sich auf der Küchenbank niederzulassen.

„Sind Frank und Daisy schon fort?" keuchte dieser und strich sich das nasse Haar aus der Stirn.

„Schon längst; sie fuhren bereits am Nachmittag nach Olive."

„Verdammt!"

„Weshalb?"

Noch immer nach Atem ringend, berichtete Jimmy: „Die Minutenmänner aus W. wollen die Versammlung überfallen. Ich erhielt erst vor zwei Stunden die Nachricht. Fuhr sofort mit meinem Rad her. Rannte im Nebel gegen einen Baum, stürzte. Merkwürdigerweise ist das Rad heil, ich aber scheine mir den Fuß verrenkt zu haben. Jedenfalls kann ich unmöglich nach Olive fahren. Und die Leute müssen doch gewarnt werden."

Er betrachtete wütend den stark angeschwollenen Fuß, von dem Jonathan eben mit vieler Mühe den Stiefel zog, und fluchte vor sich hin.

„Wenn Ihr Rad heil ist, kann ich ja nach Olive fahren", bot Mannister an.

Jimmy warf ihm einen mißtrauischen Blick zu. „Hm ... wenn Sie hier fremd sind, werden Sie den Weg nicht finden. Bei diesem Nebel sieht man die Hand vor den Augen nicht."

Während Jonathan noch den Burschen von Mannisters Verläßlichkeit zu überzeugen versuchte, hatte sich dieser bereits erhoben und war ins obere Stockwerk gelaufen, um seinen Regenmantel zu holen.

„Haben Sie einen Revolver?" fragte Jimmy nun bereits freundlicher.

„Nein."

„Nehmen Sie den meinen. Und jetzt passen Sie auf. Sie fahren die Hauptstraße entlang immer gerade aus bis zur Baptistenkapelle. Dort biegen Sie links ein, links, verstanden?"

Mannister nickte.

„Am Ende des Gäßchens werden Sie ein Haus sehen, auf dessen Wetterfahne ein goldener Affe sitzt. Das ist unser Hauptquartier. Wiederholen Sie meine Anweisung."

Mannister gehorchte.

„Und nun los!" befahl Jimmy, „fahren Sie wie der Teufel!" Mannister hielt bereits die Türklinke in der Hand.

„Mensch!" brüllte Jimmy. „Halt! Sie wissen ja das Losungswort nicht. Wenn jemand Sie fragt, was zu Brot und Salz gehört, sagen Sie ..."

Aber Mannister hörte die Worte nicht mehr; er saß bereits auf dem Rad und sauste die kleine Anhöhe hinunter, die die Farm von der Landstraße trennte.

Es war eine furchtbare Fahrt. Der Sturm stemmte sich dem Rad entgegen, der kalte Regen schlug Mannister wie Peitschenhiebe ins Gesicht. Er sah tatsächlich nicht die Hand vor den Augen. Stieß gegen Steine, rannte in Hecken hinein, stürzte zweimal und wurde von einem Ast, der ihn ins Gesicht traf, blutiggeschlagen. Mit zusammengebissenen Zähnen, keuchend, mit wildpochendem Herzen fuhr er dahin, verfluchte die schlechten Straßen, das Wetter und noch weit mehr die Minutenmänner.

Endlich, als er bereits Erschöpfung zu fühlen begann, sah er die Lichter von Olive aufleuchten. Nun erst fiel ihm ein, daß er völlig vergessen hatte, Jimmy zu fragen, wie er sich Einlaß verschaffen sollte. Wie zum Teufel hatte die Frage gelautet, die Abe Lincoln auf dem Bahnhof an ihn gerichtet hatte? Ja, jetzt wußte er es: „Was gehört zu Salz und Brot?" Was gehört denn zu Salz und Brot? Mannisters Füße traten und traten die Pedale, während sein Geist fiebrig erregt grübelte: was zum Teufel gehörte zu Salz und Brot? Sicherlich handelte es sich hier um ein Losungswort. Die Räder ächzten, der Regen plätscherte, der Wind heulte, und das Aechzen, Plätschern und Heulen wurde zu einem Chor, der unentwegt in Mannisters Ohren sang: „Was gehört zu Salz und Brot? Was gehört zu Salz und Brot?"

Er kam an der Baptistenkapelle vorüber, bog in das Gäßchen ein, erreichte ein Haus, auf dessen Wetterfahne ein goldener Affe hockte. Es lag dunkel und öde da; die Tür war verschlossen. Mannister pochte heftig. Nach einer Weile steckte ein junger Mann den Kopf aus einem oberen Fenster. „Was wollen Sie?"

„Ich muß Frank und Daisy sprechen", keuchte Mannister.

„Kenne ich nicht", entgegnete lakonisch der junge Mann.

„Hören Sie!" brüllte Mannister durch den tosenden Sturm, „lassen Sie mich ein; ich muß Sie warnen, wurde hergeschickt!"

„Von wem?" erkundigte sich der junge Mann kalt.

Das Blut schoß Mannister ins Gesicht; der alte Farmer hatte den jungen Burschen nur bei seinem Vornamen angeredet. Wie hieß denn der gottverdammte Kerl? Richtig!

„Von Jimmy!" brüllte er zum Fenster hinauf.

„Es gibt viele Jimmys", meinte achselzuckend der junge Mann und wollte das Fenster schließen.

„Warten Sie doch, Sie Idiot!" brüllte Mannister außer sich vor Wut.

Der junge Mann entzündete hastig eine Taschenlampe und leuchtete Mannister ins Gesicht; anscheinend machte dieses einen vertrauenswürdigen Eindruck, denn er beugte sich aus dem Fenster und fragte: „Können Sie mir vielleicht sagen, was zu Salz und Brot gehört?"

In Mannister tobte wilder Zorn, sollte er die ganze Fahrt vergeblich gemacht haben? Ohne recht zu wissen, was er sage, erwiderte er wutentbrannt: „Das, was Euch die Suppe tüchtig verpfeffern wird, wenn Ihr mich nicht einlaßt!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0003

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 11. Distriktsversammlung Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, im bekannten Lokal. Alles muß vertreten sein.
Distrikt 12. Distriktsversammlung Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Lohse, Ecke Humboldtstraße. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.
Dölau. Donnerstag, 28. Januar abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversamml.
Beesenlaublingen. Generalversammlung Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, bei Gremler. Referent von der UBL. anwesend. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
Ammendorf. Große Kundgebung für restlose Enteignung der Fürstenhäuser am Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger. Referent von der BL. ist anwesend.
Löbejün. Mitgliederversammlung Freitag, 29. Jan., abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.
Büschdorf-Reideburg. Mitgliederversamml. Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Nachtigall". Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht.
Zicherben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 30. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Bolze. Jedes Mitglied muß erscheinen.
Dieskau. Distriktsgeneralversammlung Sonnabend, 30. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Frenzel. Die Ortsgruppen Canena, Dieskau, Kleinkugel, Zwintschöna, Bruckdorf müssen geschlossen sich daran beteiligen.
Benchlitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 30. Jan., abends 8 Uhr, im Gasthof.
Giesten. Mitgliederversammlung Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Raue. Wichtige Tagesordnung. Jedes Mitglied muß erscheinen.
Sitzung der Kreistagsfraktion Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
Ammendorf. Mitgliederversammlung für den Ortsteil Osendorf Freitag, 29. Jan., abends 8 Uhr. Alle Genossinnen müssen mit erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug". Referent von der UBL. ist anwesend.
Bennungen. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonnabend, 30. Januar, abends 8 Uhr, in der „Gemeindeschänke". Referent: Genosse Lessig, Eisleben.
Creisfeld. Volksversammlung gegen Fürstenabfindung Sonntag, 31. Januar, vorm. 10 Uhr, im Café Huth. Referent: Genosse Lessig, Eisleben.
Gerbstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Referent: Genosse Lessig, Eisleben. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Delitzsch. Sitzung der Kreistagsfraktion Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Jedes Mitglied des Kreistages muß unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sitzung aller kommunistischen Gewerkschafter, Fraktionsvorstände, Kartelldelegierten, Zellenobleuten und Straßenzellen am Freitag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge". Partei- und Gewerkschaftsbuch ist unbedingt mitzubringen.
Webau. Generalversammlung Sonntag, 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Oswald Weuche, Webau. Pflicht eines jeden Genossen ist, pünktlich zu erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch, 27. Januar, restlose Teilnahme an der Kundgebung der Partei
Halle. Donnerstag 8 Uhr in der Jugendherberge Musikübungsstunde.
Halle. Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, Musikgruppe in der Jugendherberge. Die anderen Genossen beteiligen sich an der Versammlung im „Wintergarten".
Halle. Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv Gruppenabend.
Ammendorf. Mittwoch, 27. Januar, abends 6 Uhr, Treffen aller Genossen mit JSB. in Beesen am „Deutschen Haus"
Schkeuditz. Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, im Heim Gruppenabend. Thema: Lenin-Liebknecht-Luxemburg.
Schkeuditz. Freitag, 29. Januar, Beteiligung an der LLL.-Feier der Partei.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 27. Januar, 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Generalversammlung.
Merseburg. Donnerstag, 28. Januar, vormittags 11 Uhr, Beteiligung der erwerbslosen Genossen an der Demonstration.
Merseburg. Freitag, 29. Januar, Beteiligung an der Versammlung im „Tivoli".
Leuna. Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung b. Genossen Krause, Owerstraße 4. Vertreter der BL. ist anwesend.

Eisleben

Donnerstag, 28. Januar, Unterhaltungsabend im Jugendheim.
Sonntag, 31. Januar, 7 Uhr, im Jugendheim Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, Collegienstraße 62, im Arbeiterratszimmer Musik- u. Liederabend. Um 5 Uhr daselbst Treffen des JSB.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch 8 Uhr Versammlung. Vorher, ½7 Uhr Antreten.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mittwoch ½8 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes.
Zeitz. Freitag, 29. Januar, im Jugendheim Mitgliederversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gausekretariat: Arthur Brandt Halle, Große Klausstraße 10 (Laden) Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr

Ortsgruppe Halle

Heute abend beteiligt sich die gesamte Mitgliedschaft an der Kundgebung gegen die Fürstenabfindung. Antreten nicht im „Volkspark", sondern auf den Bezirksplätzen. Siehe Anweisung im lokalen Teil.
Ortsvorstand. Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, Sitzung. Das bekannte Material mitbringen. Kein Bezirk darf fehlen.
Bezirk 4 (Norden). Freitag, 29. Januar, 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirksversamml.
Bezirk 5 (Zentrum). Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr, bei Käppchen, Unterberg, Werbebezirksversammlung.

Jungsturm

Abteilung 4. Donnerstag, 28. Jan., 8 Uhr, „Goldenen Kette" Abteilungsversamml.
Abteilung 15. Freitag, 29. Januar, 8 Uhr, in der „Schützei" Abteilungsversamml.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Mittwoch abend 6½ Uhr beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe restlos an der Demonstration. Antreten in Beesen.
Lettin. Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung. Alles erscheinen.
Reideburg-Büschdorf. Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr, bei Bauermann Pflichtversammlung. Daselbst werden Neuaufnahmen gemacht. Alles erscheinen.
Arbeitsgebiet Dölau. Alle Ortsgruppen nehmen am Sonntag, dem 31. Januar, an der Veranstaltung in Zappendorf teil. Treffpunkt 1 Uhr.

Untergau Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 27. Januar, ½6 Uhr, Demonstration der gesamten Ortsgruppe. Antreten Marktplatz.
Merseburg. Donnerstag, 28. Januar, treten alle erwerbslosen Kameraden vormittags 10 Uhr Marktplatz an.
Merseburg. Freitag, 29. Januar, im „Tivoli" Versammlung. 7 Uhr Antreten an „Stadt Leipzig". Von da Abmarsch.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Sämtliche Kameraden treffen sich Mittwoch, 27. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Bitterfelder „Gesellschaftshaus" zur Demonstration.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 27. Januar, ½7 Uhr, Antreten am Schweinemarkt zur Demonstration.
Wittenberg. Donnerstag, 28. Januar, abends ½8 Uhr, im „Schützenhaus" Fortsetzung des Kursus.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 28. Januar, Vorstandssitzung. Gruppenführer mit erscheinen.
Delitzsch. Freitag, 29. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Lindenhof". Referent: Eddi Rühl (Moskau).

Untergau Torgau-Liebenwerda

Untergaukonferenz findet nicht am 31. Januar, sondern am 7. Februar, vormittags 9 Uhr, in Falkenberg im „Gewerkschaftshaus" statt
Torgau. Freitag, 29. Jan., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles erscheinen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 27. Januar, abends 7 Uhr, Antreten Rosalskyweg zur Mitgliederversammlung. Unbedingt alles erscheinen.
Gröben-Runthal. Sonntag, 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, Pflichtversammlung. Betrifft Werbetag.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Trauerbriefe
und -Karten
liefert sofort die Druckerei der
Produktiv - Genossenschaft für den Bezirk Halle - Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf 1045, 1047, 2251

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Sternwolle ¼ 85 Pf. **Leo Lipper, Gr. Steinstr. 35**

Stadt-Theater
Donnerstag 7½ Uhr
Uraufführung
„Schwalben"
Ende n. 10 Uhr
Freitag 7½ Uhr
Belinde
Ende n. 10 Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
Der Mazurkaoberst

Walhalla
Dir. Paul Blüthgen
Täglich 7.45 Uhr
Die reizende Schlag.-Operette
Mädi
Operette in 3 Akt. von Robert Stolz
„Halt' Dich fest, daß Du die Balance nicht verlierst.
Halt' Dich fest mein Schatz bei mir!
Sonntag, d. 31. Jan. 3½ Uhr nachmittags
Vorletzte Aufführung:
Mädi
Preise 0,4 -2, 0 M. Kinder (außer Galerie) die Hälfte
Abends 7.45 Uhr
Abschieds - Vorstell. des Oper.-Ensemble Dir. Paul Hepner
Mädi
Eintrittsk. sind zu sämtl. Vorstellung. schon jetzt an der tägl. v. 11 Uhr an geöffn. Kasse erhältlich Tel 838

Modernes Theater
Direktion Fery Rose
Versäumen Sie nicht diesen wunderbaren neuen Spielplan
Eintritt 50 Pf bis 2.— Mk.
Nach der Vorst. bei freiem Eintritt
Donnerstag: Prämiierung der schönsten Beine!
Sonnabend: Karnevalist. Abend 290
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag
4 Uhr-Tee
Sonnabd. 6. Febr. Maskenball

Kaninfelle
gerbt und färbt auf Skunks, Zobel, Biberett u. Seal-electric
Solfrian,
Böllbergerweg 7

D.-Masken z. verleihen Kl. Klausstraße 2. III

Möbl. Zimmer 1 Fed. gel. Off. a. d. Verlag

Kaffee- u. Eßlöffel
empfiehlt in mehr als hundert verschiedenen Mustern von während 40 Jahren erprobten Fabrikaten
in Alpaka
Alpaka - Silber
und echt Silber
und zwar 375
Kaffeelöffel
½ Dtz. v. 3—45 M
Eßlöffel
½ Dtz. v. 6—90 M
Juwelier Tittel
Schmeerstraße 12
Größtes Besteckhaus Mitteldeutschlands
Gold. Medaillen 1921 und 1922

Achtung! Achtung!
1. Kraft-Sport-Klub Diemitz
Sonnabend, den 30. Januar 1926, abends 6½ Uhr, im neurenovierten Saale des „Gesellschaftshaus" zu Diemitz:
Maskenball
Humor — Laune — Stimmung
Es ladet ein Der Vorstand 285

Bin verzogen nach
Leipziger Str. 16, I
(gegenüber Café Zorn)
Dr. med. E. Mahlfeldt
Facharzt für Haut- u. Harnleiden
Sprechstunden 9½—1 und 4—7 *758

Zeitungsträgerin
gesucht für Diehla. Meldung bei M. Lehmann, Breitestraße 4

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder Lachzeitung „Fips" ge[...]
Preis ½ Pfd. nur 50 Pfg.

MARGARINE
Rahma
buttergleich
Voller Buttergenuss, aber nur halber Butterpreis

Unsere
Weisse Woch[e]
wird
ein Ereignis für Hall[e]

Ungeheure Mengen »Weißer Waren« gelangen spottbillig zum Verkauf / Unsere Läger sind gerüstet / Die Auswahl ist einzigartig / Die Preise sind überzeugend / Beachten Sie unsere Anzeige am Freitag

Zwecks sorgfältigster Vorbereitung dieser Veranstaltung bleiben die Verkaufsräume Freitag, 29. Januar bis mittags 2 Uhr geschlossen! Mit der Eröffnung beginnt der Vorverkauf!

Alex **Michel**
Halle-Saale am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0004

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Heraus zur Demonstrations-Kundgebung

heute abend 7 Uhr im „Volkspark"

Noblesse oblige

Adel verpflichtet! Von alters her
Kennt man das schöne Wort.
Adel verpflichtet, was willst Du noch mehr?
Sie kommt vom In-, vom Auslande Er,
Um einzulösen das Wort.

Adel verpflichtet auf jeden Fall
Immer und immer die Fürsten,
Selbst wenn im erlauchtesten Hurenstall,
Bei Siegerkranz und bei Wogenprall,
Nach Heldentaten sie dürsten.

Was je ein Hohenzoller gesagt
Beim Huren zu seiner Mätresse,
Auf Heller und Pfennig wirds eingeklagt,
Und wenn das Volk es ihnen versagt,
Dann riskiern sie die große Fresse.

Adel verpflichtet! Proleten heraus!
Laßt's Euch nicht zweimal sagen,
Und treibet den Fürsten die Grillen aus,
Schüret die Worte zum Sturmgebraus!
Noblesse oblige! Jetzt habt den Kampf Ihr zu wagen!

Wilhelm Bertz.

Keinen Pfennig den Fürsten!

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir als Arbeiter haben uns gefreut, als im „Klassenkampf" obige Parole erschien, waren aber sehr erstaunt, daß die Sozialdemokratische Partei und der ADGB. sich nicht rührten, im Gegenteil sogar die Kommunistische Partei noch herunterzureißen versuchten, indem man die ganze Geschichte der Fürstenabfindung als eine „Parole der Kommunisten" betrachtete. Heute steht die Sache anders. Durch den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter sah sich die SPD. gezwungen, dem ADGB. eine Aufforderung zugeben zu lassen, daß man sich **einigen** wolle auf die Parole: Keinen Pfennig den Fürsten!

Daß die so zustande gekommene **Einheitsfront** für uns Arbeiter, die wir lange in der Bewegung stehen, eine besondere Freude ist, darüber sind wir uns wohl alle einig. Aber eins fällt dabei auf, nämlich: trotzdem man sich auf eine einheitliche Grundlage gestellt hat, will man doch die ganze Aktion **nicht gemeinsam** führen. Warum muß jede Partei für sich getrennt arbeiten? Wir Arbeiter in den Betrieben glaubten, daß sämtliche Funktionäre in den einzelnen Ortskartellen, sowie den beiden politischen Parteien mit den Führern gemeinsam in einer großen Sitzung festlegten, so und so wollen wir die Propaganda treiben, um eine einheitliche Front zu erhalten. Verkehrt ist es, organisatorisch, wie auch finanziell, daß beide Organisationen getrennt ihre Flugblätter herausgeben. Ebenso falsch ist es, daß man in dem kommenden Kampf in beiden Parteien alle Kräfte anspannt, um die noch fernstehenden Massen zu bearbeiten. Angebracht wäre es doch, wenn sämtliche Aufrufe und Flugblätter gemeinsam von den drei Organisationen unterzeichnet und ebenso die kommenden Versammlungen und Kundgebungen gemeinsam abgehalten würden.

Bei uns in **Halle** ist es bedauerlich, trotzdem die Kommunistische Partei schon seit zirka drei Wochen die Parole zu einer

Demonstration am 27. Januar

herausgegeben hat, daß Gewerkschaftskartell sowie SPD. dieser **ablehnend** gegenüberstehen.

Wir Arbeiter in den Betrieben haben eine feste geschlossene Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern gebildet, und wir sind uns auch einig, daß wir dem Rufe der Kommunistischen Partei Folge leisten wollen. Denn es kann nichts anderes geben, als den fernstehenden, ja noch zum größten Teil Bürgerlichen zu zeigen, daß wir Arbeiter es ehrlich meinen in dem Kampf gegen die Fürstenabfindung. Um nun der Arbeiterschaft einen Wink zu geben, wie wir gemeinsam Propaganda machen müssen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, sollen folgende gepflogenen Gespräche mit verschieden gesinnten Personen zeigen:

Auf der Straßenbahn steigt ein bekannter Herr, er ist Kaufmann von Beruf, ein. Meine erste Frage an ihn war: „Nun was halten Sie von der Fürstenabfindung?" Er, der nicht Sozialdemokrat oder Kommunist ist, erklärt mir, trotzdem die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei nicht immer seine Sympathie haben, leiste er doch dem jetzt kommenden Ruf, für die Enteignung der Fürsten einzutreten, Folge. Er begründet dies folgendermaßen: „Sieben Jahre bin ich aktiver Soldat gewesen, habe in Flandern und an der Somme zweimal mein Blut verspritzt, bin Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse (er behauptet, es ehrlich und nicht durch Schiebung, wie viele andere, bekommen zu haben) und habe zu jeder Zeit als Soldat meine Pflicht getan. Unser oberster Kriegsherr war der erste mit, der den Eid auf die Fahne gebrochen hat und ist fahnenflüchtig geworden. Er hat das deutsche Volk in Not und Elend umkommen lassen. Deshalb gibt es für mich nur eine Antwort: Keinen Pfennig den Fürsten!"

In der Eisenbahn lege ich das von der Kommunistischen Partei herausgegebene Flugblatt verschiedenen Herren vor und versuche, mit ihnen in ein Gespräch zu kommen, was mir natürlich auch gelungen ist. Ein **Lehrer** aus Apolda, welcher mit seinen zwei Söhnen, die die höhere Schule besuchen, nach Halle fuhr, beteiligte sich am regsten an der Debatte. Er erklärt, daß solche Leute, wie der Kronprinz Wilhelm und verschiedene andere, die nur den Krieg verlebt haben mit Huren in Charleville, andere wieder, die sich in der Etappe herumgedrückt haben, verschiedene fürstliche Kommandeure in Lille und Gent, nicht nur verdienten, daß man sie vollständig enteignete, sondern man müßte sie noch in das Zuchthaus für ihr verbrecherisches Handeln am deutschen Volke bringen. Auch er erklärt, daß in seinem Kreise noch viele Kollegen denselben Standpunkt vertreten, daß die beiden Arbeiterparteien auf eine große Sympathie der bürgerlichen Klasse rechnen können.

Ein alter Mann, allem Anschein nach ein **Bauer**, erklärt mir, daß er mehrere tausend Mark in Friedenszeiten auf der Sparkasse gehabt hätte und ihm heute die Sache immer durch den Kopf ginge, wie es möglich sein könnte, daß in der deutschen Republik mit zweierlei Maß gemessen werden sollte. Ein Flüchtling Wilhelm soll mit seinem Anhang Milliarden als Aufwertung an den Hals geworfen bekommen, während er als alter Mann, der nicht mehr arbeiten könne, nur 15 Prozent erhalten soll. Aus diesem Grund hegt er den Wunsch, daß die Arbeiter ihre Forderung so stellen, keinen Pfennig den Fürsten, alles verloren gegangene Geld den alten ehrlichen Sparern.

Die sind **für** Fürstenenteignung

Die sind gegen Fürstenenteignung

Ein **sozialdemokratischer Arbeiter** äußerte sich zur Fürstenabfindung folgendermaßen: Unsere Fürsten und Generale haben während des Krieges das gesamte deutsche Volksvermögen hinausgeworfen. Dafür haben Proleten in Deutschland und in Feindesland ihr Blut verspritzen müssen. Durch ihre Schuld sind wir zur großen Inflation gekommen, wir haben hungern und darben müssen, sind sehr lange arbeitslos gewesen, und diesen Leuten wird von seiten der Regierung (mit Bedauern sagt er ausdrücklich, in der sich Sozialdemokraten befinden) monatlich eine Rente bewilligt, ja sogar ein ganzer Eisenbahnzug voll Wertgegenstände nachgeschickt. Er freut sich, daß wir Kommunisten jetzt ehrlich bei der Sache seien, um mit ihnen gemeinsam das zu verhüten, daß mit dem Geld die Konterrevolution gefördert werden solle, denn dort fließen bestimmt die Gelder, welche nur Arbeitergroschen wären, hin.

Noch als letztes Beispiel einen anderen Fall: In der Eisenbahn sitzt ein Eisenbahnbeamter aus Merseburg. Diesem habe ich auch ein Flugblatt in die Hand gedrückt, und dieser erklärte mir, daß man solchen Leuten, die sich so **verdient** um das deutsche Volk gemacht hätten, doch nicht alles so ohne weiteres enteignen könne, daß sie doch in Friedenszeiten alle vielfache Millionäre gewesen wären, daß ihre Lebensweise eine ganz andere sei, als die eines kleinen Beamten. Deshalb sei das deutsche Volk verpflichtet, ihnen ihre Forderungen zu erfüllen. Ich erwiderte ihm darauf, ob er nicht Soldat gewesen wäre, ob er keinen Fahneneid geleistet hätte. Er bejaht beides. Daß auf Fahnenflucht die Todesstrafe ruhe und doch der größte Fahnenflüchtige Wilhelm der Ausgerissene sei. Ferner erinnerte ich ihn an das jedem bekannte Leben und Treiben des Exkronprinzen in Charleville. Weiter forderte ich ihn auf, doch einmal das Buch „Etappe Gent" zu lesen. Wenn er sich das alles genau durch den Kopf gehen ließe, dann müßte doch auch er seine Ansicht ändern. Ich zeigte ihm in nackten Worten die Not und das Elend, die heute der größte Teil des deutschen Volkes durchmachen müssen, daß es doch christlicher und viel hehrer sei, wenn man, statt diesen Fürsten, denen es tausendmal besser geht als uns, das Geld den Rentnern und kleinen Sparern, den Arbeitslosen und Invaliden gibt.

•

Für heute ruft die Kommunistische Partei zu einer Demonstrationsversammlung auf. In dieser Versammlung muß nicht nur der Wille der Kommunisten zum Ausdruck kommen, sondern **die gesamte Arbeiterschaft, ob KPD., ob SPD., ob Gewerkschafter, ob Unorganisierte, Beamte, Sparer und Rentner, die Kriegsinvaliden, alle müssen dort erscheinen**, um kundzutun: Den Fürsten nichts — wir brauchen das Geld! Die gesamten Massen müssen heute abend so antreten, daß der „Volkspark" bei weitem nicht zureicht, um die Massen dort zu fassen. Genau so muß die Arbeiterschaft antreten, wie bei den letzten gemeinsam stattgefundenen Demonstrationen in Zeitz und am letzten Sonntag in Weißenfels. Deshalb möchte ich zum Schluß allen interessierten Kreisen zurufen:

Heute heißt die Parole: Keinen Pfennig den Fürsten!

K. B.

Rote Frontkämpfer, heraus!

Zur Teilnahme an der Demonstrationsversammlung gegen die Fürstenabfindung treten alle roten Frontkämpfer und Jungstürmer an. Sammeln nicht, wie gestern bekanntgegeben wurde, im „Volkspark", sondern auf den Werbebezirks-Sammelplätzen. Abmarsch wie folgt:

Bezirk 1 (Osten): 6.15 Uhr abends vom Roßplatz;
Bezirk 2 (Süden): 6 Uhr abends vom Johannisplatz;
Bezirk 3 (Westen): 6 Uhr abends Weingärten;
Bezirk 4 (Norden): 6.30 Uhr Wettinerplatz.
Bezirk 5 (Zentrum): 6.15 Uhr abends Paradeplatz.

Alle Spielleute mit Instrumenten bei den Bezirken. Musikkapelle 6.45 Uhr „Volkspark". Wir erwarten die Beteiligung der Gesamtmitgliedschaft.

Ortsvorstand Halle RFB.

*** Achtung, Erwerbslose des Saalkreises!** Am Freitag, dem 29. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Saale der Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, eine Konferenz der Erwerbslosenräte des Saalkreises statt. Die Konferenz beginnt **pünktlich 9 Uhr**. Alle Erwerbslosenausschüsse müssen eine Vertretung senden. Wichtige Tagesordnung. Der Kreiserwerbslosenrat.

Achtung, Kartelldelegierte! Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, findet im **„Volkspark"** (Kartellzimmer), eine **Ortsausschußsitzung** mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beratung des neuen Ortsstatutes. 2. Zahlungsverkehr mit der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte. 3. Speisung der Erwerbslosen. 4. Verschiedenes.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: Wilh Barnak Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Der Ramper

Wegener-Gastspiel im Stadttheater

Auch das Theater hat seine Rationalisierungs-Epoche mit allen Krisen-Erscheinungen. In Berlin werden Theaterdirektoren verhaftet, die sich mit recht ansehnlichen Barsummen aus dem Staube machen wollen unter Hinterlassung von Schulden und nicht bezahlten Gagen. Ein Krach folgt dem andern, ein Theater nach dem andern entschläft selig. Stellungslosigkeit der Künstler und des Personals auf der ganzen Linie. Auch die „Prominenten" ziehen in Berlin nicht mehr. An einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage ist nicht zu denken, und so geht, genau wie im gesamten Wirtschaftsleben, auch hier der drängende Versuch der Eroberung neuen Absatzmarktes vor sich. Dieser neue Absatzmarkt ist die Provinz, die bereitwilligst mehr denn je mit Gastspielen überschüttet wird, damit neue Belastung und neuen Wirtschaftsdruck auf die Stätten der Gastspiele ausübend.

(Ob dies nun schädlich oder nützlich ist — zum Beispiel für das hallische Stadttheater — steht kaum dahin, da die Grundlage und Sprache der Gastspiele sich verschoben hat und ungesund geworden ist. So gesehen, verliert sich die Romantik des „großen Ereignisses", das ein vollbesetztes Haus das gestrige Wegener-Gastspiel empfand. Es hat dies aber nur so lange empfunden, als niemand an den Grundbegriffen seiner Bequemlichkeit rüttelte. Was gestern wieder an Krach, Räkeln, Räuspern und ungeniertem Husten während der Aufführung geleistet wurde, spottet jeder Beschreibung.)

Gegenüber der Wirtschaftskatastrophe, die so dem Theater ihren deutlichen Stempel aufdrückt, zählt die ehemals heiß erörterte Streitfrage nach Prominenten und Ensemble nicht mehr. Glaubte man noch 1918 und 1919 an Schauspielergemeinschaften, die von der „**Tribüne**" herab Kunst- und Erlebenswillen manifestierten, so steht heute an vorderster Stelle die Revue „Von Ebert bis Hindenburg", auf die Herr Rickelt, Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft, 25 000 Mark einklagt, eben jene 25 000 Mark, die die Berliner Theaterdirektoren sich aus dem Staube machen. Und die „Tribüne" ist längst ein Theater geworden, das nicht mehr experimentiert, sondern gute Kassenabschlüsse macht, solange es ihm noch geht.

Unter solchem Stern fand gestern die Aufführung des „Ramper" im hallischen Theater statt. Der Dichter Max **Mohr** hat mit seinen „Improvisationen im Juni" bewiesen, daß er saubere Stücke schreiben kann, ohne Untiefen, freilich auch ohne Tiefen. Diesmal geht es nach Grönland, zwanzig Jahre später in die Garderobe eines Varietés, dann in das Institut eines Arztes und zum Schluß in ein ärmliches, aber häßliches Zimmer, wo das Bibelgebot erfüllet war ... Am wärmsten war es noch in Grönland, denn, kurz gesagt, die drei letzten Akte halten nicht, was der erste verspricht. **Ramper**, ein Flieger, und **Ipling**, sein Maschinist, leben drei Jahre in Grönland, sie kennen das Leben der Tiere, der Sonne, die monatelang nicht untergeht, und sie kennen die Rufe, wie sie Menschen haben, die noch ganz mit der Erde verwandt sind. Ipling stirbt, und dies gibt **Paul Wegener** Anlaß, seine Virtuosität zu beweisen, die letzte Mühelosigkeit und tiefste Erlebensdarstellung vorgibt und einen Bann auf die Zuhörer legt, der das Theater vergessen macht. Ramper wird alsdann eine Varieténummer, und das gibt Paul Wegener Gelegenheit, Golem zu spielen, bis er im dritten Akt durch den Arzt Barbazin aus seinem zwanzigjährigen Tier-Menschen-Dasein „erlöst" wird.

Ramper wird nicht nur wieder ein Mensch, sondern sogar ein Intellektueller, dessen Seele sich in allen unterbewußten psychologischen Kniffen auskennt. Und so wundert es keinen, daß er so schnell wie möglich aus der herrlichen Zivilisation wieder fortkommen möchte, aus dem Machtbereich eines bescheiden-eitlen-genial-bürgerlichen Arztes, daß er zwischendurch seelenruhig mit einer weiten, bärenartig ausholenden Armbewegung einen Menschen erwürgt und sich nach den reinen Rufen der weißen Wildnis sehnt.

Trotzdem geht er dort nicht hin, obgleich **Norma**, die Frau des Arztes, ihm, heroisch glühend, wahrhaft groß, die Passage freigibt. Es sei nun an ihm, Opfer zu bringen. Aber das ist alles schon gleichgültig, sowohl für das Stück, als auch für das Spiel. Gleichgültig bleibt nicht der erste Akt: Grönland. Die Gemeinschaft des Fliegers mit seinem sterbenden Maschinisten, die Lösung der Gegensätze zwischen zwei Menschen, weil sich **beide** jahrelang nur von Fleisch und Tran nähren können und **beide** nur Bärenfälle als Kleidung tragen. Es hat eben alles seine Ursache und einen ganz bestimmten Zweck. Wenn aber Max Mohr selbst mit Engelszungen redete und er hätte diese Darsteller nicht, dann wäre es auch in Grönland so kalt geblieben, wie in der zentral geheizten Welt der Zivilisation.

Olf.

Wiederholung der „Schwefelblüte"

Die „**Proletarische Tribüne**" bittet uns mitzuteilen:

Die hallische Polizeibehörde hat sich, nachdem im „Volkspark" zahlreiche kleinere und größere Theaterstücke durch Dilettanten zur Aufführung kamen, ganz plötzlich „besonnen", daß die Bühne im „Volkspark"-Saal nicht den feuertechnischen Vorschriften entspricht und aus diesem Grunde zukünftig irgendwelche Aufführungen im „Volkspark" untersagt. Es ist zwar bekannt, daß viele andere bürgerliche Etablissements ebenfalls keine vorschriftsmäßige Bühne haben und dennoch Aufführungen von Theatervereinen zulassen, ohne befürchten zu müssen, das Augenmerk der hochwohllöblichen Polizeibehörde auf sich zu lenken. Der tatsächliche Grund für diese sonderbare Maßnahme eines Reviervorstehers ist also ziemlich deutlich erkennbar. Das polizeiliche Verbot hat allerdings den Erfolg, daß eine, von allen Seiten geforderte, Wiederholung der „Schwefelblüte" in Halle vorerst nicht möglich ist, zumal es der Proletarischen Tribüne, trotz aller Bemühungen, nicht möglich war, einen anderen Saal für die Aufführung zu mieten. Beispielsweise wurde der Vereinigung vom Magistrat der Thaliasaal mit der „Begründung" vorenthalten, daß dieser grundsätzlich für Aufführungen **nur an geschlossene Vereinigungen** abgegeben werden kann. Was der Magistrat unter einer „geschlossenen Vereinigung" versteht, muß erst noch ergründet werden.

„Die Schwefelblüte" gelangt nun am Sonnabend, dem 30. Januar, in Seeben (Gasthof Glaser) zur Aufführung. Da Seeben von Trotha in einer knappen Viertelstunde zu erreichen ist, bietet sich dadurch denjenigen Arbeitern, die die „Schwefelblüte" noch nicht gesehen haben, oder noch einmal sehen wollen, Gelegenheit, der Aufführung beizuwohnen. Auch die Arbeiter von Seeben, Teicha, Sennewitz, Gutenberg, Trotha usw. werden sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und die Veranstaltung der „Proletarischen Tribüne" besuchen. Programme sind im Vorverkauf bei allen Mitgliedern der Vereinigung, in den Konsumverkaufsstellen von Trotha, Seeben, Sennewitz sowie beim Gastwirt Glaser in Seeben, im Gasthof Lindenhahn, Gutenberg, und heute abend in der Uebungsstunde der „Proletarischen Tribüne" im „Volkspark" zu haben.

Theater und Konzerte

Uraufführung im Stadttheater. Am Donnerstag, dem 28. Januar, geht die schlesische Dorfkomödie „Schwalben" von Benno Rehlert als Uraufführung unter der Regie des Oberspielleiters Alfred Durra in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Johow, Heller, Dülfer, Ziegler, die Herren Hensel, Günzer, Naupach, Scheu, Haller.

Im Thaliatheater geht am Sonntag „Familie Hannemann" in Szene.

Walhalla-Theater. „Mädi", die zugkräftige Operette, kann nur noch bis Sonntag, den 31. Januar, gegeben werden. Zahlreichen Wünschen Rechnung tragend, hat sich die Direktion entschlossen, „Mädi" auch am Sonntagnachmittag aufzuführen. Die Nachmittagsvorstellung findet zu den bekannten ermäßigten Preisen statt. Am Sonntag, dem 31. Januar, abends 7.45 Uhr, wird „Mädi" als Abschiedsvorstellung des Paul Hepnerschen Operetten-Ensembles zum letztenmal aufgeführt. Karten für sämtliche Vorstellungen sind schon von heute an der täglich von 11 Uhr an geöffneten Kasse erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0005

Eine 5-Millionen-Anleihe der Provinz Sachsen?

Wie die bürgerliche Presse meldet, beabsichtigt die Provinzialverwaltung, eine **Auslandsanleihe** von fünf Millionen Mark zur **Verbesserung der Provinzialhauptstraßen Halle—Berlin, Halle—Magdeburg, Magdeburg—Berlin** und **Magdeburg—Halberstadt** aufzunehmen. Es wird geplant, statt der Chaussierung **Steinpflaster** zu legen. Im vorigen Jahre wurden aus laufenden Mitteln für den Straßenausbau 7 Millionen Mark aufgewendet.

Dem Provinziallandtag ist bisher eine solche Vorlage nicht zugegangen. Aber vielleicht äußert sich der Provinzialhauptmann in der morgen beginnenden Tagung des Provinziallandtages über diese Angelegenheit. Jedenfalls muß in dieser Beziehung etwas Entscheidendes geschehen, denn die fortgesetzte Beschotterung der Straßen, die dem ungeheuren Verkehr nicht gewachsen ist, verschlingt geradezu Riesensummen.

Ordentliche Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle a. S.

Am 26. Januar d. J. fand im „Volkspark“ die ordentliche Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Die Sitzung wurde um 8 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Koch, eröffnet. Als erster Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Prüfungsausschusses für die Jahresrechnung 1925 vorgesehen. Die Wahl desselben erfolgte einstimmig. Der nächste Punkt betraf den Voranschlag für das Jahr 1926. Der Voranschlag sieht eine Beitragseinnahme von 3 250 000 Mark und 12 000 Mark an Nebeneinnahmen, zusammen 3 262 000 Mark vor. Dem stehen an Ausgaben gegenüber für Krankenhilfe ein Betrag von 2 447 500 Mark. Davon entfallen u. a. auf die ärztliche Behandlung 400 000 Mark, Zahnbehandlung 120 000 Mark, Arznei und Heilmittel 400 000 Mark, Krankenhauspflege 350 000 Mark. Für Krankengeld sind 1 120 800 Mark vorgesehen. Die Ausgaben für Wochenhilfe im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sind mit 90 000 Mark für Kassenmitglieder und 31 000 Mark für Familienangehörige angesetzt. Für die Fürsorge im allgemeinen sind 15 000 Mark, für Sterbegeld 34 000 Mark, für persönliche Verwaltungskosten 280 000 Mark, für sächliche Verwaltungskosten 45 000 Mark und für sonstige Ausgaben 7000 Mark in Anschlag gebracht. Unter Vermögensanlagen ist neben der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage von 162 500 Mark ein Betrag von 150 000 Mark für Erwerb von Grundeigentum, Mobiliar und sonstigen Geräten vorgesehen. Es handelt sich um die Kosten für die Einrichtung des diagnostischen Instituts und für die von der Baupolizei geforderte feuersichere Treppe für das Erholungsheim Bockswiese. Der Voranschlag geht davon aus, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise bald überwunden wird und daß der Krankenstand sich im Laufe des Geschäftsjahres 1926 in normalen Grenzen hält, das heißt, daß er nicht wesentlich über 4 Prozent der Mitglieder hinausgeht. Der Vorstand hofft, daß, wenn sich die Ausgaben im Rahmen des Voranschlages halten, die Kasse ohne Aenderung des Beitragsfußes und einen Abbau der Leistungen auskommen kann. Bei der Einstellung der Arztkosten ist berücksichtigt, daß die noch schwebenden Streitigkeiten des Arztvertrages dahin auslaufen, daß ein angemessener Pauschalbetrag festgesetzt wird. Bei Berechnung nach Einzelleistungen dürfte sich die eingesetzte Summe erhöhen und dadurch der Ausschuß vor neue Entschlüsse gestellt werden. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen. Dann beschäftigte sich der Ausschuß in längerer Aussprache mit einem Nachtrag zur Dienstordnung, der u. a. auch die Bezüge des Verwaltungsdirektors regelt und Bestimmungen über die Prüfungsordnung und über die Ruhegehaltsversorgung der Angestellten vorsieht. Für den Verwaltungsdirektor wurde unter Berücksichtigung der gegenwärtigen starken finanziellen Belastung der Kasse eine Besoldung entsprechend der Gruppe X der Reichsbesoldungsordnung beschlossen. Bei den Gehältern der übrigen Angestellten tritt eine Veränderung nicht ein. Der Dienstordnungsnachtrag wurde in der vorliegenden Form mit einigen redaktionellen Aenderungen genehmigt.

Dem Ausschuß lag weiter ein vom Vorstand abgeschlossener Krankenhausvertrag zur Genehmigung vor. Der Vertrag ist mit der Landkrankenkasse **Querfurt** abgeschlossen, welche das städtische Krankenhaus Querfurt gepachtet hat. Der Krankenhausvertrag bezweckt, die Regelung der Vertragsverhältnisse mit den übrigen Krankenhäusern auf eine gesunde Grundlage zu stellen und fand die einstimmige Genehmigung durch den Ausschuß.

Einige kleine Anfragen, die nach Schluß der Versammlung gestellt wurden, fanden befriedigende Beantwortung.

Der schweigsame Herr Landrat

Im März des vorigen Jahres schwirrten im Kreise Bitterfeld allerlei dunkle Gerüchte herum, die gerade nicht geeignet waren, den **Landrat Stammer** in ein günstiges Licht zu rücken. Ob es nun die Boshaftigkeit der Reaktion war, die durch solche unkontrollierbaren Gerüchte den sozialdemokratischen Landrat verleumden wollte, aber ob das, was die Spatzen von den Dächern pfiffen, reale Unterlagen hatte, entzieht sich auch heute noch unserer Kenntnis, da eine Gerichtsverhandlung, die der Landrat Stammer gegen zwei Gröbener Einwohner wegen Beleidigung angestrengt hatte, gestern vor dem Schöffengericht mit einem Vergleich abgeschlossen wurde.

Angeklagt war der frühere Gemeindevorsteher von Gröbern, **Otto Müller**, und der **Zimmermann Wilhelm Dietze**, ebenfalls aus Gröbern. Beide sollen den Landrat dadurch beleidigt haben, daß sie gelegentlich einer Unterhaltung in einer Kneipe behauptet haben, **der Landrat unterstütze seine Parteigenossen durch Zuweisung von Geldern.** Ein **Lehrer Arndt** soll durch den Landrat 6000 Mark zum Hausbau erhalten haben. In einem anderen Falle sollen Hypotheken zu einer Zeit, als man schon wieder nach der Inflationszeit mit Goldmark rechnete, in wertlosen Papiermark ausgezahlt sein. Die Angeklagten wollen wohl hierüber gesprochen haben, aber nur insoweit, wie es ohnehin Tagesgespräch dort war. Der Angeklagte Müller will sich an diesem Gespräch überhaupt weniger beteiligt haben, während Dietze zugibt, das Gespräch ins Rollen gebracht zu haben. Er will damit lediglich den Zweck verfolgt haben, eventuelle Mißstände aufzudecken und der Strafbehörde zu unterbreiten. An dieser Unterredung nahmen noch zwei Forstbeamte teil, die die Angelegenheit in die richtigen Bahnen leiten wollten.

Landrat Stammer, der als Zeuge vernommen wurde, erklärte hinsichtlich des einen Falles, daß der Lehrer **Arndt** die Bauzuschüsse in ungefährer Höhe von 5000 Mark durch den Kreisausschuß zugewiesen erhalten habe. Er sei wohl der Vorsitzende dieses Ausschusses, habe aber die Angelegenheit unparteiisch behandelt. **Betreffs der Hypothekenrückzahlung in Papiergeld erklärte Stammer, keine Aussagen machen zu können. Er ließ allerdings durchblicken, daß die Rückzahlung tatsächlich in Papiermark erfolgt sei. Er erklärt sich auch bereit, die ganze Angelegenheit restlos aufzuklären, wenn das Gericht die Oeffentlichkeit ausschließen würde.** Natürlich bestand keine rechtliche Handhabe, diesem Wunsche nachzukommen, und so blieb Herr Stammer in diesem Falle „stummer Zeuge“.

Dies Verhalten ist allerdings sehr merkwürdig und man wird nun erst recht neugierig sein, **was der Herr Landrat bzw. die mit ihm beteiligten Kreise, der Oeffentlichkeit unter allen Umständen vorzuenthalten haben.** — Bekanntlich haben ehrliche Dinge niemals das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen. Im Interesse der Sittlichkeit wird dieses Schweigen auch nicht liegen, also muß es sich doch um eine gewisse „delikate Angelegenheit“ handeln, die die Spatzen auf den Dächern nun erst recht nicht verstummen läßt.

Da der Herr Landrat nicht zum Reden zu bewegen war, andererseits die beiden Angeklagten, wie auch der Zeuge Stammer **ein großes Interesse hatten, die Sache beizulegen,** kam ein Vergleich zustande, wonach der Angeklagte Dietze eine Erklärung abgibt und seine Anschuldigungen zurücknimmt. Weiter trägt er die Kosten des Verfahrens und verpflichtet sich, innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen einen Betrag von 15 Mark für die freiwillige Feuerwehr in Gröbern zu zahlen.

Anzunehmen ist aber, daß nun, wenn auch vorsichtiger, weiter gemunkelt wird, und zwar so lange, bis sich der Herr Landrat doch einmal bequemt, die Gerüchte durch positive Tatsachen zu verscheuchen. Im anderen Falle dürfte die Feuerwehr von Gröbern noch reich werden können.

Unterschlagung oder Raubüberfall?

Am 28. August des vorigen Jahres soll nach eigenen Angaben des Angeklagten **Karl Flierl**, der in Bad Lauchstädt als „Klassenkampf“-Träger und -Kassierer tätig war, auf diesen ein Raubüberfall ausgeübt worden sein, wobei ihm einkassierte Abonnementsgelder für den „**Klassenkampf**“ abgenommen wurden. Der Polizeibehörde war es nicht möglich, Licht in die mysteriöse Angelegenheit zu bringen, und schließlich verdichtete sich immer mehr und mehr der Verdacht, daß Flierl diesen Ueberfall nur fingiert habe, um eine Unterschlagung der einkassierten Gelder zu verdecken. Dieser Verdacht verstärkte sich durch Zeugen, die bekunden, daß Flierl am fraglichen Tage bei ihnen gar nicht kassiert habe und das Geld aus diesem Grunde auch nicht geraubt sein könne.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung war es aber nicht möglich, den Angeklagten einer Unterschlagung zu überführen. Obwohl einige Zeugen eidlich bekundeten, daß F. an diesem Tage bei ihnen keine Abonnementsbeträge kassiert habe, konnte man dem Angeklagten nicht nachweisen, daß er selbst den Raubüberfall fingiert hatte. **Aus diesem Grunde sprach das Gericht den Angeklagten mangels an Beweisen frei.**

Zu bemerken ist noch, daß der Angeklagte vor Gericht glaubhaft zu machen versuchte, daß **die ganze Anklage gegen ihn ein abgemachtes Spiel sei, da er aus der KPD. und dem RFB. ausgetreten sei,** während sämtliche Belastungszeugen diesen Organisationen noch angehören sollen. Das wäre allerdings das erstemal, daß sich ein Gericht mit Kommunisten und Roten Frontkämpfern solidarisierte, nur um einen „Unschuldsengel“ ins Gefängnis zu bringen. Ein bißchen Dummheit mag ja oft ganz gut sein, aber allzuviel ist ungesund, Herr Flierl.

Hallische Tageschronik

Warnung!

Die Krankenversicherungsgesellschaft „Anker“ in Aachen läßt durch Vertreter Mitglieder werben, ohne behördlich genehmigt zu sein. Ihr hiesiger Vertreter betrügt außerdem die geworbenen Mitglieder, indem er die einkassierten Beträge nicht abliefert. Gleichzeitig versucht er die bereits für die Gesellschaft „Anker“ geworbenen Mitglieder durch allerlei Vorspiegelungen zum Uebertritt in die ebenfalls behördlich nicht zugelassene Krankenkasse „Teutonia“ zu veranlassen, für die er jetzt tätig ist. Es wird vor dem Beitritt in diese Kassen gewarnt. Geschädigte gebeten, sich unter Vorlegung der Mitgliedsbücher bei der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium, Zimmer 36 oder 20, zu melden.

Ueberfahren

Am 25. Januar gegen 4.25 Uhr nachmittags wurde in der Merseburger Straße, vor dem Grundstück Nr. 15 ein 3½jähriger Knabe von einem in der Richtung Riebeckplatz fahrenden Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet. Durch die herbeigerufene Feuerwehr wurde nach Hebung des Straßenbahnwagens die Leiche des Knaben hervorgezogen. Die 5jährige Schwester, die sich in Begleitung des Knaben befand, blieb unverletzt. Nach Aussage von Augenzeugen soll den Straßenbahnführer eine Schuld an dem Unglücksfall nicht treffen.

Schwerer Verkehrsunfall

Am 25. Januar gegen 5.15 Uhr nachmittags wurde in der Delitzscher Straße ein in Richtung Große Steinstraße fahrendes mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk von einem in derselben Richtung fahrenden Straßenbahnwagen angefahren. Der Geschirrführer wurde vom Wagen geschleudert und geriet unter die Schutzvorrichtung des Straßenbahnwagens. Er trug blutende Verletzungen am Kopfe davon und mußte der Klinik zugeführt werden. Das Fuhrwerk wurde gegen einen Straßenbahnmast geschleudert und stark beschädigt. Ebenso traten Beschädigungen am Führerstand des Straßenbahnwagens, der von Fahrgästen nicht besetzt war, ein. Die Pferde wurden erheblich verletzt.

Diemitz

Kartellsitzung. Am Mittwoch, dem 27. Januar, findet im „Gesellschaftshaus“ eine außerordentliche Kartellsitzung statt. Die Delegierten haben pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Ortskartell Diemitz.

Dölau

Mitgliederversammlung. Donnerstag abend 8 Uhr findet bei Richter eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Da sehr wichtige Punkte zur Tagesordnung stehen, werden die Genossen ersucht, restlos und pünktlich zu erscheinen.

Freitag 8 Uhr: Gemeindevertretersitzung.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Heute beteiligt sich die ganze Mitgliedschaft an der Kundgebung der ... ½7 Uhr dazu Treffpunkt auf dem Wettiner Platz.

Neues vom Tage

Kapitalistische Kulturbilder

In Wien, Arbeitergasse 10, bemerkte man, daß eine dort wohnhafte Frau schon seit Tagen nicht mehr zu sehen war. Als man die Türe zur Wohnung aufbrach, fand man die Frau vor Hunger bewußtlos zusammengebrochen. Sie hatte monatelang vergeblich nach Arbeit gesucht.

Zwei nicht vorbestrafte Arbeiter standen vor dem Berliner Amtsgericht I. Sie sollen eine Büchse Fett und eine Büchse Kaffee im Gesamtwert von 5 Mark (!) gestohlen haben. Sie waren zu jener Zeit beide arbeitslos, die Frau des einen außerdem noch schwanger. Der Diebstahl konnte ihnen nicht einwandfrei nachgewiesen werden. Da sie aber nicht Bothmer hießen und aus Not „geboten“ haben können, schickte man sie für je drei Monate ins Gefängnis.

Spülapparate, Irrigateure, sanitäre Artikel Gummi-Bieder, Große Steinstraße

Verweilt und seht — *277
Ein Film wird gedreht!
Liebrum
An der Ulrichskirche, Leipziger Str. 97

Der Alleinverkauf eines Weltschlagers, für jederm. unentb., ist bezirksweise zu vergeben, womit Sie Ia. Existenz ohne Kapital gründen können. Sofort hoher Verd. Anfr. Blauth, Stuttgart, Böheimstraße 103

Alle Bücher empfehlen die Buchhandlungen Harz 42/44, Berchenfeldstr. 14

Verein der Freidenker für Feuerbestattung (Sitz Berlin)
Zahlstelle Wittenberg
Donnerstag, den 28. Jan., abends 7½ Uhr, im Kino-Theater in Piesteritz und Freitag, den 29. Jan., abends 7½ Uhr, in Muths Saal in Wittenberg:
Oeffentlicher Film-Vortrag
über: 81
Die moderne Feuerbestattung
Hierzu ladet alle Einwohner von Wittenberg, Kleinwittenberg u. Piesteritz herzlich ein
Der Vorstand. Schmitz

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche Schul- und Schreibwaren.
Außerdem ,64
werden sämtliche Aufträge an Drucksachen und Inserate entgegengenommen

Spül-Apparate von 2,00 Mk. an
Irrigatoren (Spülkannen) von 1,50 Mk. an
Spülmittel 70 Pf.
Windelhöschen 90 Pf.
C. Klappenbach & Co. Gr. Ulrichstr. 41, Halle a. d. S.
En gros: Gr. Ulrichstraße 40, 1 Etage

Anzüge, Mäntel, Joppen, Windjacken, Schlosseranzüge sowie Hosen empfiehlt Wilh. Schünke, Weißenfels, Seiauerstraße 15

Spendet für die „Rote Hilfe“

Oeffentliche Mahnung
Grundvermögens- u. Hauszinssteuer für Januar 1926, sowie Getränkesteuer für Dezember 1925, und Hundesteuer für Januar/März 1926 sind innerhalb einer Woche an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen. Nach Ablauf der Frist erfolgt Zwangsbeitreibung
Eisleben, den 22. Januar 1926
Der Magistrat *284

Bekanntmachung
Gute Pflegestelle für Ziegenzuchtbock gesucht *282
Meldungen umgehend Rathaus, Zimmer Nr. 6
Delitzsch, den 25. Januar 1926
Der Magistrat

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf den besten Erfolg

ZUBAN
„Bekömmlich u. mild“
war unsere Devise bei Zusammenstellung der Mischung für unsere neue
Bastei zu 4 Pfg.
Sie befriedigt daher auf die Dauer den verwöhnten Raucher.
Jedem der für verhältnismäßig wenig Geld etwas Gutes rauchen will, kann nur immer wieder mit Nachdruck empfohlen werden, rauche
Zuban-Zigaretten

Zugreifen!
Damen-Pantoffel 78 Pf.
Herren-Stiefel 6.95
Herren-Stiefel weiß gen. 7...
Damen-Halbschuhe 6.45
Spange, geschweifter Absatz
Damen-Lack-Spangenschuhe 7.45
Schuhwarenhaus Wiebach
NUR KLEINE ULRICHSTRASSE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

Buchkontrolle und Werbearbeit

Von **Paul Merker**

Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine starke Senkung des Mitgliederstandes der freien Gewerkschaften stets mit einer **Verminderung der Widerstandskraft der Arbeiterschaft** gegen die Vorstöße der Unternehmer verbunden war. Ferner, daß in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen, deren Lösung die **Kapitalisten in erster Linie versuchen** durch Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, durch Verdrängung großer Arbeitermassen aus den Betrieben, durch Einschränkung der Produktion unter deren gleichzeitigem technischen Ausbau der Produktionsmittel, **zahlreiche Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation verlassen.**

Derzeit **befindet sich die deutsche Wirtschaft wiederum** in einer tiefgehenden Krise, die bereits zur Erwerbslosigkeit von 3 bis 4 Millionen Arbeitern geführt hat. Nach den Statistiken der Gewerkschaftsverbände sind zurzeit **23 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder ohne Arbeit.** Die Zahl steigt ununterbrochen. Die Fälle häufen sich, wo die Unternehmer ihre oft willkürlich geschlossenen Betriebe nur dann ..., wenn die Belegschaft stark vermindert bleibt und sie sich mit Abbau der Löhne um 10 bis 20 und mehr Prozent und einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärt.

Eine solche Situation erfordert zum Abwehrkampfe **starke Gewerkschaftsorganisationen, die sich nach der Struktur der Unternehmerverbände zu machtvollen Gruppierungen verbinden,** ähnlich der Koalition zwischen den englischen Verbänden der Berg-, Metall- und Verkehrsarbeiter. Die Gefahr der Zersetzung der Arbeiterfront während der Krise kann nur zurückgedrängt werden, **wenn gerade jetzt alle klassenbewußten Elemente energisch und restlos arbeiten, um die Verbände** mit Mitgliedern zu stärken und ideologisch umzustellen, um alle wirtschaftsfriedlichen und wirtschaftsdemokratischen Tendenzen in ihnen zu beseitigen und um sie auf den Boden der marxistischen Grundsätze des Klassenkampfes zurückzuführen.

Die erfolgreiche Agitations- und Werbearbeit in den Betrieben ist aber nur möglich, wenn durch eine gute Leitung alle brauchbaren Kräfte, die den im Betrieb vertretenen freien Gewerkschaften angehören, mobilisiert werden. Die Kräfte zu mobilisieren, die Werbearbeit systematisch zu leiten und laufend zu kontrollieren, ist die Aufgabe des

Werbeausschusses

In jedem Betriebe, in dem die **aktivsten Kollegen,** gleichviel ob **KPD.** oder SPD., gleichviel ob zu dem oder jenem freigewerkschaftlichen Verband gehörig, für die Stärkung der **Gewerkschaften** zusammen arbeiten wollen.

Die tüchtigsten und aktivsten **Kollegen, die als** klassenbewußte Funktionäre der Gewerkschaften bekannt sind, müssen sich im Werbeausschuß zusammenfinden. Wo er noch nicht besteht, müssen **die Kommunisten** die treibende **Kraft** sein, um die Bildung schnellstens zu bewerkstelligen.

Der Werbeausschuß **muß** genau prüfen, **was für Methoden** der Werbung neuer **Gewerkschaftsmitglieder** im Betriebe den größten Erfolg versprechen. Er muß die individuelle Bearbeitung der Belegschaftsmitglieder, die Veranstaltung von **Werbeversammlungen,** die Herausgabe von kleinen Werbe-, Flug- und Klebezetteln usw. organisieren. Er muß unter Ausnützung seiner **Verbindungen** die Belegschaft laufend mit guter revolutionärer **Literatur versorgen** und durchsetzen, daß die Belegschaftsmitglieder die Arbeiterpresse lesen. **In den Werbeversammlungen** muß zu den **aktuellen politischen und wirtschaftlichen** Tagesproblemen, unter denen die Arbeiterschaft leidet, Stellung genommen werden. Die Agitatoren im Betriebe muß der Werbeausschuß regelmäßig zusammenfassen, um sie laufend über die zur Führung in der Agitation geeigneten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse zu informieren. Ferner müssen die Werbeausschüsse ...urbrechen die Gewerkschaftsleitungen drängen, damit die organisierte Kraft der Verbände zur Führung der **Werbearbeit** ausgenutzt wird.

Eine weitere Vorbedingung für eine gute **Werbearbeit** ist, daß der Gewerkschaftsfunktionärstab im Betriebe die Zusammensetzung der Belegschaft in gewerkschaftlicher Hinsicht kennt und weiß, ob Kräfte unter der Belegschaft befinden, die zur **aktiven Mitarbeit** herangezogen werden können. **Darum ist eine regelmäßige Buchkontrolle im Betrieb, die von einer Anzahl Gewerkschaftsverbände bereits statutarisch festgelegt ist, dringend notwendig.** — Auch hier genügt es nicht, wenn die Vertrauensleute der verschiedenen im Betrieb vertretenen Verbände ihre Mitglieder kontrollieren, sondern **die Kontrolle muß auf** alle Arbeiter **und Angestellte des Betriebes** ausgedehnt werden und regelmäßig monatlich erfolgen. Um das zu erreichen, muß die Leitung der Kontrollarbeit eine Buchkontroll-Kommission übernehmen, die sich aus den besten Funktionären der im Betrieb vertretenen freien Gewerkschaften, gleichgültig welcher Parteirichtung, zusammensetzt. Zur gemeinsamen Durchführung auch dieser Arbeit müssen sich die KPD.-, SPD.- und parteilosen Kollegen zusammenfinden. Unsere Genossen müssen die treibende Kraft sein in der Bekämpfung des Schlendrians und der Nachlässigkeit, die in dieser Hinsicht in vielen Gewerkschaftsverbänden eingerissen ist. Sie müssen die SPD.- und parteilosen Kollegen in den Betrieben zur gemeinschaftlichen systematischen Arbeit in diesem Sinne gewinnen.

Die Buchkontrolle erleichtert die **Werbearbeit** außerordentlich. Durch sie erhält der Werbeausschuß eine **Uebersicht,** ob die Kollegen in den einzelnen Betriebs-Abteilungen der Gewerkschaft angehören. Für eine systematische individuelle **Werbearbeit** wird dadurch die Bahn freigemacht.

Heute zeigt sich auch, daß **zum großen Teil** die neugewonnenen Mitglieder durch einen ebenso großen Abgang in den Ortsvereinen der Verbände ausgeglichen werden und die Mitgliederzahl trotz Werbearbeit nicht steigt. In unzähligen Fällen ist es die Nachlässigkeit des Kollegen, bei Eintritt in einen neuen Betrieb oder während der Erwerbslosigkeit, daß er sein Buch nicht in Ordnung hält. Die Karenzzeit wird überschritten, der nachzuzahlende Beitrag wird zu groß und die Mitgliedschaft des Betreffenden in der Gewerkschaft ist zu Ende. Durch eine in allen Betrieben durchgeführte laufende Buchkontrolle, die auch ebenso wie die Werbearbeit **auf den Arbeitsnachweisen durch die Erwerbslosen-Kommissionen durchgeführt werden** muß, wird ein solcher Zustand **wesentlich** geändert. Die Gewerkschaftsmitglieder nehmen größeren Anteil am Gewerkschaftsleben und die Verbände werden aktiviert.

Jeder klassenbewußte Arbeiter, in erster Linie jeder Kommunist, der von sich behaupten will, ein bewußter Revolutionär zu sein, muß die große Bedeutung dieser sehr oft verhöhnten Kleinarbeit erkennen und sich an ihrer Durchführung mit aller Kraft beteiligen.

Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre in Halle

24. Januar 1926

Am Sonntag, dem 24. Januar, tagte in Halle eine **ADGB.-Konferenz,** entsprechend der am Sonntag zuvor für den östlichen Teil des Regierungsbezirks Merseburg in Eilenburg stattgefundenen, über die wir ausführlich berichtet haben (siehe „Klassenkampf" vom 20. Januar). In Halle referierte das **Bundesvorstandsmitglied Schulz, Berlin.** Vor dem Referat mußte auch hier der Bezirkskartell-Leiter **Wernicke** sich sagen lassen, daß die Mitglieder die Art, wie er solche Konferenzen zusammenschiebt, aufs schärfste zurückweisen. Ueber eine **Protestentschließung des Ortsausschuß Weißenfels** ging die Geschäftsführung indes einfach zur Tagesordnung über.

Schulz sprach in demselben Rahmen wie Eggert, der in Eilenburg und am Sonnabend davor vor den hallischen Gewerkschaftsfunktionären gesprochen hatte. Die **Diskussion,** über die das „**Volksblatt**", wie man das nicht anders gewohnt ist, wild herzieht, wurde vom Genossen **Lüttich** eröffnet. Er begrüßte, daß in der Frage der Fürstenenteignung doch endlich eine gemeinsame Plattform gefunden ist, und vertrat den kommunistischen Standpunkt über die Wirtschaftskrise. Eine in diesem Sinne vorgelegte Entschließung wurde von der SPD.-Mehrheit abgelehnt. **Hesse** vom Bergarbeiterverband kritisiert, daß der sozialdemokratische Regierungspräsident **Grützner** in Merseburg (sein Parteigenosse), wie im Falle der Mansfeld A.-G. (Kalischacht), die **Genehmigung zu Betriebsstillegungen** gegeben hat.

Da die Kommunisten eine eigene Entschließung eingebracht hatten, die ausführlich zur Wirtschaftskrise Stellung nimmt, und da die Hetze verschiedener SPD.-Funktionäre eine Verständigung verhinderte, stimmte die Opposition der **von Wernicke vorgelegten Resolution, in die demagogisch Stücke aus dem Eilenburger Oppositionsantrag** hineingearbeitet waren, nicht zu. Die kommunistische Entschließung kam nicht zur Abstimmung, nachdem die SPD.-Mehrheit die weniger weitgehende von Wernicke zuerst abgestimmt und angenommen hatte.

Die Konferenz in Halle hat wie die in Eilenburg gezeigt, **wie viel Arbeit auch noch in unserem Bezirk in den einzelnen Verbänden und Ortsausschüssen noch zu leisten** ist, damit den Zusammenschiebern von Gewerkschaftskonferenzen das Handwerk gelegt wird.

Generalversammlung der Graphischen Hilfsarbeiter Halle

Am 21. Januar fand die gutbesuchte **Generalversammlung der Graphischen Hilfsarbeiter, Halle,** statt. Nach Genehmigung des Protokolls gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Daraus war zu entnehmen, daß trotz mühevoller Arbeit nicht alles im Interesse der Kollegenschaft bewältigt werden konnte, da die Kollegenschaft es selbst in vieler Beziehung an der Mitarbeit fehlen ließ. An Hand von Beispielen, die sich in letzter Zeit abgespielt haben (Waisenhaus usw.), zeigt der Vorsitzende, wie notwendig die **rege Anteilnahme der gesamten Mitgliedschaft** ist.

Es haben stattgefunden: 8 Mitgliederversammlungen, 12 Verwaltungssitzungen, 8 Funktionärsitzungen, 22 Betriebsversammlungen, 6 Klagen beim Gewerbe- bzw. Arbeitsgericht, von denen 4 zugunsten der Arbeiter ausfielen.

Der **Kassenbericht** ergab, daß die Verhältnisse den Erwartungen nicht entsprechen und es sollen einschneidende kassentechnische Vorkehrungen im Laufe des Geschäftsjahres getroffen werden. Um dem Restantenunwesen einen Damm entgegenzusetzen, werden alle Mitglieder, die **mehr als sechs Wochen mit Beiträgen im Rückstand sind,** gestrichen. Die Einnahme der Hauptkasse ergab 5512 Mark, Ausgabe 399,60 Mark. Der Bestand der Ortskasse beträgt 51,53 Mark.

Die **Wahl der Ortsverwaltung** ergab nach kurzer Diskussion die Wiederwahl der alten Verwaltung mit Ausnahme drei ausscheidender Mitglieder, so daß die Ortsverwaltung nunmehr aus sechs KPD.-, ein SPD.- und zwei sympathisierenden Mitgliedern besteht. Unter „Organisationsangelegenheiten" gab der Vorsitzende Bericht über die Verhältnisse im **Buch- und Steindruckgewerbe.**

Nach eingehender Begründung wurde einstimmig eine **Resolution, betreffend Volksentscheid für entschädigungslose Fürstenenteignung,** angenommen und das gemeinsame Vorgehen von KPD. und SPD. lebhaft begrüßt.

Die Generalversammlung beauftragt den **Zentralvorstand,** zu den kommenden **Tarifverhandlungen** die Anträge **von** Berlin, Leipzig, Frankfurt als auch **von Halle gestellt** zu betrachten.

Einheitsfront im Torgauer ADGB.-Kartell hergestellt

Am Sonntag, dem 24. Januar, fand in **Torgau** die **Jahreshauptversammlung des Ortsausschusses des ADGB.** statt. Nachdem das Protokoll verlesen und mit einigen Abänderungen genehmigt wurde, erhob sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, ob namentliche oder Zettelwahl erfolgen solle. Noch nie war eine Kartellsitzung so stark besucht. Ueberall lag das Bestreben vor, ein **einheitliches Vorgehen** auf der ganzen Linie **zu schaffen, damit** wir in der Lage sind, dem Kapital endlich unseren **Willen aufzuzwingen.** Daß die in der Frage der **Fürstenenteignung** geschaffene Einheitsfront dem Kapital ein Dorn im Auge ist, beweisen die **Nachrichten der** bürgerlichen Presse. Um so mehr muß es unser **eifrigstes Bestreben sein, auf diesem Wege fortzufahren.** Unter diesem Eindruck wurden die vom Genossen **Holzweißig** eingebrachten **Anträge** nach gründlicher Beratung **einstimmig** angenommen:

I.

Der Ortsausschuß Torgau beschließt, den Bezirksausschuß Halle zu beauftragen, **sofort gegen den Erlaß des Regierungspräsidenten Grützner** vom 19. Dezember 1925, welcher sich gegen die Erwerbslosen wendet, Stellung zu nehmen.

II.

Die Erwerbslosen **beauftragen das Kartell, beim Bezirkskartell vorstellig zu werden, um eine Bezirkskonferenz der Erwerbslosen einzuberufen, wo alle Fragen der Erwerbslosen geklärt werden sollen.**

III.

Das Ortskartell möge an Magistrat und Stadtverordnete einen Antrag der Erwerbslosen einreichen, zwecks **Belieferung von Brennholz** (für Verheiratete **2 bis 3 Meter, für Ledige 1 Meter**), sowie 2 bis 3 Zentner **Kartoffeln.** Desgleichen wird **eine Wärmehalle gefordert.**

Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, **Kollege Rößler.** Die neuangemeldeten Gewerkschaften dürfen sich an der **Diskussion** über den Jahresbericht sowie die Jahresabrechnung nicht beteiligen, weil sie nicht mitgearbeitet hätten. Kollege **Franke** gab im **Kassenbericht** bekannt, daß an Jahreseinnahmen 628,51 Mark, an Ausgaben 459,30 Mark zu verzeichnen sind, mithin am Jahresabschluß ein Kassenbestand von 169,41 Mark. Um die **Bibliothek** mit wenigen **Kosten aufzufüllen, wird beschlossen,** sich der Gewerkschaftsbücherei und der **Büchergilde Gutenberg** mit einem Monatsbeitrag **von je 1 Mark** anzuschließen. So können für 24 Mark acht gute Bücher der Bibliothek zugeführt werden.

Neu angemeldet haben sich die **Steinarbeiter** mit einer Mitgliederzahl von 260. Wieder angemeldet haben sich die **Buchdrucker,** nachdem sie am 1. Juli 1925 ihre Abmeldung **vollzogen hatten.** Dies bedeutet eine Stärkung von über 300 Mitgliedern.

Bei der **Wahl der Leitung** werden nach dem „Musterstatut" der Bundesleitung in den geschäftsführenden **Ausschuß die Kollegen Holzweißig, Voigt, Böge, Albert Schneider (KPD.), Franke, Schwaneberg und Fischer (SPD.)** gewählt. Die drei Vertreter der Fabrikarbeiter stimmten gegen die Wahl. Revisoren sind die Kollegen **Liesenberg** und **Schmidt.** Sodann wird ein

Einheitskomitee für die Enteignung der Fürsten

gebildet. Kollege Holzweißig schlägt drei Vertreter aus dem Kartell und einen vom Sportkartell vor. Das **Sportkartell** nimmt jedoch Abstand von einem Sitz, erklärt sich aber zur Mitarbeit bereit. Gewählt werden **Leich, Kunde, Holzweißig** und **Schwaneberg.** Desgleichen wird beschlossen, am 27. Januar im Lokal „Bürgergarten" eine **Demonstrationsversammlung** für Fürstenenteignung zu veranstalten und zwei Redner zu laden. Weiter wird beschlossen, dem Vorsitzenden und Kassierer je fünf Prozent der Gesamteinnahme als Entschädigung zu geben. Nach Erledigung einiger Anfragen wird die arbeitsreiche Sitzung um ½6 Uhr abends geschlossen.

DMV.-Versammlung in Zeitz

Die am 24. Januar tagende Generalversammlung des DMV. Zeitz war gegenüber den früheren Versammlungen ziemlich gut **besucht (zirka 350 Personen). Kollege Goldstein gab den Kassenbericht, nach dem der Mitgliederstand um annähernd 200 Mitglieder gestiegen ist. Kollege Müller mußte in seinem Geschäftsbericht zugeben, daß das Jahr 1925 ein Jahr der Enttäuschung für die deutsche Arbeiterschaft gewesen ist. Leider zeigte er keinen Ausweg gegen das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer.**

In der **Diskussion** sprachen die Kollegen **Benkwitz** und **Schütz,** die **auf die Ursachen der schlechten Lage und auf die Fehler der ADGB.-Instanzen eingingen. Nur durch den schärfsten Klassenkampf** und durch den Zusammenschluß der Gewerkschaften wird die deutsche Arbeiterschaft **wieder vorwärts kommen.**

Zur **Vorstandswahl hatten** unsere Genossen in der Sitzung der Vertrauensmänner den Vorschlag **gemacht,** eine gemeinsame Liste aufzustellen. Die Vertrauensleute der SPD. hatten dies aber abgelehnt, so daß zwei Listen eingereicht waren, die **Liste Müller und die Liste Benkwitz.** Genosse Benkwitz erklärte nochmals, daß die Opposition nach wie vor gewillt sei, auf eine eigene Liste zu verzichten, wenn man zwei oder drei Kollegen von der Opposition mit auf die andere Liste nähme. Auch die Kollegen Schütz und Bach sprachen sich in diesem Sinne aus, ebenso ein alter, parteiloser Kollege. Der Vorschlag der KPD. wurde mit 173 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Die Liste der Opposition (Liste Benkwitz) bekam 118 Stimmen, die Liste der SPD. (Liste Müller) 223 Stimmen. Bezeichnend ist, daß bei der Wahl der Kartelldelegierten, die nach dem neuen ADGB.-Statut aus der Mitte der Ortsverwaltung gewählt werden, unter sieben **Kollegen 4 Angestellte vorgeschlagen** wurden.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch bekanntgegeben, daß zum **35jährigen Bestehen der Zahlstelle** eine kleine Festlichkeit veranstaltet werden soll. Ferner wurde ein Darlehen an die Soziale Bauhütte beschlossen, da dieselbe in finanziellen Schwierigkeiten sei. Die Kollegen **Benkwitz** und **Bach** warnten, Gelder ohne **genügende Unterlagen und Deckung für diese Sache auszugeben. Einstimmig** angenommen wurde eine Entschließung betr. **restlose Fürstenenteignung.** Ferner die folgende

Entschließung

„Die am 24. Januar in Zeitz stattgefundene **Generalversammlung** des Deutschen Metallarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von der Tätigkeit der Ortsverwaltung. Die versammelten Metallarbeiter weisen darauf hin, daß **alle Versuche des internationalen Kapitals** (Dawes-Gesetze — Locarno-Verträge) die wirtschaftliche Anarchie und die imperialistischen Gegensätze zu beseitigen **vollkommen mißlungen** sind. Die Arbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung der deutschen arbeitenden Schichten wird immer unerträglicher. Alle Versuche namhafter Gewerkschaftsführer, **auf dem Boden der Verständigung erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, sind an der Brutalität der Unternehmer gescheitert.** Noch nie waren die Klassengegensätze schärfer wie in der jetzigen sogenannten „Gesundungskrise" der deutschen Wirtschaft. Die Zeitzer organisierten Metallarbeiter fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, aus dem Verhalten des Unternehmertums die **proletarischen Schlußfolgerungen** zu ziehen. Jeder Versuch der Arbeitsgemeinschaft ist zurückzuweisen. **Nur durch die Anwendung des schärfsten Klassenkampfes ist eine menschenwürdige Existenz aller Schaffenden zu erringen.** Dazu ist notwendig die **Herstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront** in allen Ländern und Schaffung der einheitlichen proletarischen Klassenfront in Deutschland. Der Versammelten fordern vom Vorstand des DMV. und des ADGB., diese Bestrebung und national und international **mit allen Mitteln zu fördern.**"

Fabrikarbeiter-Versammlung, Zeitz

Unerhörte Provokation durch die SPD.-Funktionäre

Aus **Zeitz** wird uns geschrieben: Die Generalversammlung des FAV., Zeitz, am 23. Januar, mußte durch unerhörte Provokationen seitens der SPD.-Bureaukratie resultatlos abgebrochen und auf einen andern Tag verschoben werden, an dem voraussichtlich ein Vertreter des Hauptvorstandes zu erwarten ist. Der „Volksbote" schreibt natürlich, daß die Kommunisten die Schuld an dem entstandenen Lärm trügen. Tatsache ist, daß die SPD.-Instanzen **keine Buchkontrolle** an der Tür vornahmen, so daß besonders Frauen und Mädchen hineinkamen, die überhaupt nicht im FAV. organisiert sind, um mit für die SPD.-Vorschläge zu stimmen. **Auch SPD.-Mitglieder** verlangten, **empört** über solches Treiben, eine nachträgliche Kontrolle, die vom Vorstand aber abgelehnt wurde.

Fabrikarbeiter! Ueberlegt Euch die Vorgänge in aller Ruhe und zieht daraus Eure Schlüsse! Der richtige Weg ist, daß in der nächsten Versammlung **alle Mitglieder zur Stelle** sind und daß an ihrem geschlossenen Willen alle Schikane gegen die wirklich klassenbewußte Kollegenschaft zuschanden wird.

Das „Volksblatt" zur Einheit der Bauarbeiter

Das „**Volksblatt**" vom 26. Januar, reagiert auf den Aufruf des **Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter** im Montag-„Klassenkampf" prompt so, wie das bei seiner Sabotage der von den breiten Arbeitermassen geforderten Einheitsfront nicht nur gegen die schamlosen Forderungen der Fürsten (Einheitskomitees), sondern auch in den Wirtschaftskämpfen, nicht anders zu erwarten war. Wer besinnt sich nicht auf das jahrelange Geschrei der Instanzen des Baugewerksbundes, daß die Bauarbeiterschaft zerrissen und ihre einheitliche **Organisation unbedingt notwendig** sei. **Jetzt haben die Genossen im V. d. a. B.,** trotz aller Schwierigkeiten, die der Baugewerksbund gemacht hat, in aufopferungsvollster Tätigkeit ihre oppositionellen Mitglieder überzeugt, daß an ihnen die Gewerkschaftseinheit nicht scheitern darf. Sie haben die Mitglieder in den BGB. zurückgeführt, und die **reformistischen** Leitungen des BGB. und die SPD.-Presse, die immer in Worten von Wahrnehmung der Arbeiter-Interessen triefsten, wissen nichts Besseres, als zu höhnen und „Vorsichtsmaßnahmen bei der Wiederaufnahme" zu treffen, um **weiterhin die Einheit der Arbeiterklasse zu erschweren** und von großen Auseinandersetzungen mit dem Kapital, die sie **fürchten,** bewahrt zu bleiben.

Der Wunsch und das Gegeifer der paar Instanzen aber **soll an der Widerstandsfähigkeit der Bauarbeiterschaft** zuschanden werden. Alte und neue BGB.-Mitglieder werden sich nicht entmutigen lassen, sondern zielbewußt ihren Weg marschieren:

über die Gewerkschaftseinheit zum Sieg über die kapitalistischen Ausbeuter.

Einheitsbeitrag für die Erwerbslosenfürsorge

Amtlich wird mitgeteilt: **Der Verwaltungsrat des Reichsamts** für Arbeitsvermittlung ist auf Grund der neu erlassenen Verordnung über den Beitragsausgleich in der Erwerbslosenfürsorge ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen die **Beiträge** zur **Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reichsgebiet einheitlich zu bemessen.**

Von dieser Befugnis hat der vom Verwaltungsrat gebildete Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge in seiner Sitzung vom 25. Januar **Gebrauch gemacht und den einheitlichen Betrag mit Wirkung vom 1. Februar an bis auf weiteres auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt.**

Hiervon ist 1 Prozent des Grundlohns als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichs**kasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. — Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.**

Heute abend besuchen die klassenbewußten Arbeiter die Demonstrations-Kundgebungen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Zur Geschichte des Arbeiter-Turner-Bundes

Von **Fritz Wildung**

Die ersten Anfänge der Arbeiterturnbewegung in Deutschland reichen kaum zwei Jahrzehnte zurück. Sie fallen zeitlich zusammen mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Es mag sogleich bemerkt werden, daß jenes Gesetz, das bestimmt war, die gesamte Arbeiterbewegung im Keime zu ersticken, auch die Arbeiterturnbewegung um ein Jahrzehnt in ihrer Entwicklung aufgehalten hat. Jedenfalls war die Voraussetzung für das Aufkommen unserer Bewegung schon bei Erlaß des Gesetzes gegeben.

Die Erinnerung an das Sozialistengesetz macht sich mit den Ursachen, die zur Entstehung unserer Bewegung geführt haben, zum Teil bekannt. Die Arbeiterturnbewegung ist ein Teil der gewaltigen sozialen Bewegung der Neuzeit, sie zieht ihre Kraft aus demselben gesellschaftlichen und ökonomischen Boden, aus dem die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung hervorgewachsen ist; ihre ursprüngliche Grundlage bildet die kapitalistische Produktionsweise. Es ist eine den deutschen Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangene Erkenntnis, daß die Produktionsverhältnisse, das ist die Art und Weise, in der die Gesellschaft ihre Bedarfsartikel herstellt, den Unterbau des gesellschaftlichen Lebens bilden. Das Wesen der heutigen Produktionsweise offenbart sich in der Trennung der Gesellschaft in zwei Klassen, in Besitzende und Proletarier. Beide Klassen ringen miteinander um die Herrschaft, und in diesem Kampfe stehen die Angehörigen einer Klasse, verbunden durch gemeinsame ökonomische Interessen, fest zueinander. Das von der einen in die andere Klasse überleitende gesellschaftliche Element fehlt unserer Zeit, und damit fehlt zugleich die Möglichkeit einer wenn auch nur zeitweiligen Verwischung der Grenzen zwischen beiden Lagern, das Hüben und Drüben tritt in immer deutlicheren Umrissen in die Erscheinung.

Diese strenge ökonomische Scheidung hat naturgemäß eine gesellschaftliche Scheidung im Gefolge. Nicht nur, daß der Klasse der Proletarier die Bildungsmittel der Gesellschaft verschlossen sind, nicht nur, daß sie von den Genüssen des Kulturlebens ausgeschlossen ist und schon dadurch zu einer ganz anderen Lebensanschauung erzogen wird, nein, die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen führen direkt zu einer feindseligen Stellung zur Klasse der Besitzenden. Umgekehrt ergibt sich dasselbe Verhältnis. Das stetige Anstürmen der Arbeiterklasse gegen die Privilegien des Besitzes erzeugt in diesen Kreisen eine ständig zunehmende Erbitterung gegen den anstürmenden wirtschaftlichen Gegner. Um den Ansturm abwehren zu können, greift die besitzende Klasse zu gesetzlichen Maßregeln; die Machtmittel des Staates werden in den Dienst des Klassenkampfes gestellt, und damit wird das Recht innerhalb der Gesellschaft zu einem schwankenden und heftig umstrittenen Begriff. Was auf der einen Seite für Recht und Gesetz gilt, das empfindet man auf der anderen Seite als Unrecht, als einen Mißbrauch der gesetzlichen Machtmittel. Daraus entwickeln sich dann weiter grundsätzliche Anschauungen der Moral, der Begriffe von Gute und Böse, allmählich wird nur noch das als „gut“ empfunden, was dem Interesse der Klasse dient.

Verfolgt man diese Kette der Entwicklung weiter, so stößt man am Ende auf zwei Welten mit ganz gegensätzlichem Denken und Fühlen, die kaum noch durch die allgemeinen Gesetze der Menschlichkeit verbunden sind. Jedes neutrale Gebiet, auf dem sich die beiden Klassen zu gemeinsamer Betätigung die Hand reichen könnten, entschwindet mit der Zeit, es gilt nur noch ein Hüben und Drüben.

(Aus dem „Handbuch des Arbeiter-Turner-Bundes vom Jahre 1911.)

Aus unserer Handballbewegung

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Ein Rückblick auf unsere Handballbewegung im Jahre 1925 genügt, um feststellen zu können, was für einen gewaltigen Fortschritt wir im hallischen Bezirk zu verzeichnen haben. Hat es doch das Handballspiel fertiggebracht, nicht nur die breite Masse der Sportler für sich zu interessieren, sondern auch, was das wesentlichste ist, unseren Frauensport gefördert, wie es wohl selten eine Sportart zu verzeichnen hat. Dabei sind wir erst im Anfang der Entwicklung, so daß wir, wie es ja die Neumeldungen beweisen, mit einem gewaltigen Anwachsen des Handballspieles zu rechnen haben. In der 1. Gruppe des 6. Bezirks zählen wir jetzt schon rund 50 spielfähige Mannschaften. Aber nicht nur an Mannschaften haben wir gewonnen, sondern auch an Spielstärke. Ist doch der 6. Bezirk einer der gefürchtesten Gegner im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Vergangenheit hat uns das bewiesen; mußte sich doch mancher auswärtige Verein in Halle geschlagen bekennen.

An größeren Spielen hat Halle schon verschiedene gesehen; leider ist von der Arbeiterschaft nicht das Interesse entgegengebracht worden, wie es hätte sein müssen. Was dazu beiträgt, ist schon oft, auch an anderen Stellen, zur Genüge festgestellt. Wir können nur immer und immer wieder allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, welche zu Tausenden die bürgerlichen Plätze umsäumen, um sich an Roheitsakten zu ergötzen, zurufen: Besucht die sportlichen Veranstaltungen Eurer Klasse; helft den Arbeiter-Sportvereinen und überzeugt Euch, daß hier wahrer Sport getrieben wird.

Der Gruppenleitung im Handball ist es gelungen, das **erste internationale Handballspiel im Arbeitersport in Halle** zum Austrag bringen zu lassen. Und zwar ist für den zweiten Osterfeiertag die Ländereif der Schweiz nach hier verpflichtet, um gegen die Städteelf Halle ein Freundschaftsspiel auszutragen. Den Schweizern geht ein guter Ruf voraus, so daß ein erstklassiges Spiel zu erwarten ist.

Was bedeutet nun ein internationales Treffen für uns? Wenn man sich den Verlauf der ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. vor Augen führt, so ist diese Frage schon beantwortet. Hier sollen die Arbeitsbrüder verschiedener Nationen im friedlichen Wettkampf ihre Spielstärke messen und gleichzeitig als Klassengenossen sich näherkommen. Wenn wir auch mit diesem Spiel kein zweites Frankfurt versprechen können, so soll doch der Masse gezeigt werden, wie die Arbeiterschaft ihren Sport betreibt, getreu des Grundsatzes: „Dem Volke gilt's, wenn wir zu spielen scheinen.“ Darum machen wir jetzt schon die gesamte Arbeiterschaft darauf aufmerksam.

Damit ein jeder auf seine Kosten kommt, wird vor dem internationalen Treffen ein Städte-Fußballspiel und zum Schluß ein Städte-Handballspiel für Sportlerinnen zum Austrag gebracht werden. Keine Unkosten sind gescheut; die hallische Arbeiterschaft wird es zu würdigen wissen.

An diesem Tage herrscht Spielverbot im 6. Bezirk für sämtliche Spielarten. Nähere Bekanntmachungen folgen noch. M.

Arbeiterturner Alsleben fordern Volksentscheid

Der Arbeiterturnverein „Vorwärts“ in Alsleben hat folgende Entschließung angenommen:

Die heute, den 23. Januar 1926, stattfindende Generalversammlung des Arbeiterturnvereins „Vorwärts“, Alsleben, erhebt **flammenden Protest gegen die geplante Fürstenabfindung. Die Mitglieder verlangen, daß KPD., SPD. und ADGB. sich energisch für die Durchführung des Volksentscheides einsetzen und die restlose Enteignung der früheren Fürsten herbeiführen. Der Volksentscheid muß durchgeführt werden unter der Parole: Keinen Pfennig den früheren Fürsten!**

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Friesen, Löbejün, zur Fürstenabfindung

In der am 23. Januar stattgefundenen Monatsversammlung dieses Vereins wurde eine Entschließung angenommen, die restlose Enteignung der Fürsten ohne Entschädigung und Durchführung des Volksentscheids fordert. — Die Mitglieder werden aufgefordert, **heute, nachmittags 5½ Uhr, an der Demonstration vollzählig teilzunehmen.**

Die Moskauer Fußballmannschaft in Berlin

Moskau — Berlin 7:0

Die Moskauer Fußballmannschaft, die während der letzten drei Wochen in Paris u. a. französischen Städten eine Reihe siegreicher Spiele austrug, siegte am Sonntag, dem 24. Januar, gegen eine **Berliner Städtemannschaft mit 7:0. Mehr als 7000** Arbeiter und Arbeitersportler wohnten dem Spiel bei und lieferten einen glänzenden Beweis der Sympathien für die russischen Genossen.

Lenin als Schachspieler

Im „Berliner Tageblatt“ erzählt Josef Milos Erinnerungen aus seiner Artistenzeit und gibt dabei auch folgendes Erlebnis wieder:

Vor etwa anderthalb Jahrzehnten war das Café „Zentral“ in Wien genau wie noch heute der Sammel- und Treffpunkt der Schachspieler, eine Art literarischen Schachklubs. Es trafen sich dort die Schachkoryphäen aller Herren Länder. Ich war damals noch Artist und hatte Mußestunden, die ich mit Vorliebe den 64 Feldern widmete. Reti, der jetzt eben wieder an dem Moskauer Turnier teilnahm, stellte mir eines Tages einen Herrn als Partner vor, dessen Namen ich wohl verstand, der aber so nichtssagend wie jeder andere Name war. Ich hatte in der Partie den Nachzug und verteidigte mich auf den Anzug des Weißen, der Springer g1 nach f3 wählte, sizilianisch, um im Mittelspiel in scharfe Bedrängnis zu geraten. In seiner Art hatte der Weiße es verstanden, meinen König zu bedrängen. Seine Dame, seine Türme, seine Läufer und Springer, alles rückte meinem armen König zu Leibe. Besonders bedrohlich aber war ein vorgestoßener Freibauer. Kein Wort war während der ganzen Partie gefallen, als plötzlich in der schwer ausrechenbaren Stellung von ihm das ominöse „Schach dem König“ erklang. An und für sich, im Schachleben etwas Alltägliches, das nicht besonders aufregend ist.

Viele Jahre später, als die Stimme meines damaligen Schachpartners Millionen von Menschen zum Aufhorchen brachte, genau wie mich schon seinerzeit, habe ich verstanden, daß das Wort „Schach dem König“ im Munde dieses Mannes einen besonderen Klang hatte. Mich tötete damals sein Freibauer, den Zaren aber töteten die Bauern, die aufgestanden waren auf den Ruf meines Schachpartners Lenin.

Gewerkschaftsmitglieder!

Donnerstag, den 28., und Freitag, den 29. Januar, kommt im „Volkspark“ der berühmte Film von der

1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt am Main

Die neue Großmacht

zur Aufführung. Wir empfehlen ebenfalls der Arbeiterschaft den Besuch dieses Films, denn er zeigt ihr den glänzenden Erfolg eines Zweiges der Arbeiterbewegung.

Die Aufführungen finden an beiden Tagen nachmittags 4 Uhr für Kinder und abends 8 Uhr für Erwachsene statt. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 25 Pf., für Erwachsene im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf.

Ortsausschuß des ADGB. Halle a. S.

Kein finnischer „Sportfrieden“.

Die Nachricht bürgerlicher Sportzeitungen von der Herstellung eines „Sportfriedens“ zwischen dem Arbeitersport und den bürgerlichen Sportorganisationen in Finnland wird vom finnischen Arbeiter-Sportverband als unrichtig bezeichnet. Wohl bemühten sich die bürgerlichen Organisationen, die besten Boxer und Ringer unter den Arbeitersportlern durch Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile zu sich herüberzuziehen, der Verband selbst steht nach wie vor auf dem Boden der Arbeitersportinternationale.

Sportnachrichten

Olympiade-Film

Heute, Mittwoch, abend 8 **Uhr** findet im „Volkspark“, großer Saal, Probe statt. Dazu haben die Spielleute, Musiker, „Solidarität“ und die Aufführenden des Pferdchenspieles vom Turnverein „Fichte“ zu erscheinen. J. A.: Eurich.

Bericht der Schiedsrichter-Hauptversammlung des 6. Bezirks

Am Freitag, dem 22. Januar, fand im „Volkspark“ die fällige Hauptversammlung statt. ½9 Uhr eröffnet der Obmann, Sportgenosse Rümpler, unter Bekanntgabe folgender Tagesordnung die Versammlung: 1. Protokoll. 2. Anwesenheitsliste. 3. Bericht des Sportgenossen Rümpler über die Tätigkeit im Spieljahr 1925. 4. Neuwahl. 5. Anträge und Gesuche. 6. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 erhält Sportgenosse Geyer das Wort zum Verlesen des Protokolls, welches ohne Debatte genehmigt wird. Dann wird die Anwesenheitsliste verlesen. Anwesend sind 44, entschuldigt 34, unentschuldigt fehlen 37 Sportgenossen. Zu Punkt 3 gibt der Sportgenosse Rümpler einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Schiedsrichtervereinigung im Spieljahr 1925. Insgesamt hatte die Vereinigung zu 976 Spielen Schiedsrichter zu stellen. Davon fehlten 106 als unentschuldigt. An Sitzungen fanden 14 statt. Geprüft wurden 45. An Protesten wurden 10 verhandelt, davon wurden 5 anerkannt. Mit einem Mahnruf an die Sportgenossen, in Zukunft mehr Disziplin zu bewahren, wurde zur Neuwahl geschritten. Als Obmann wurde der Sportgenosse W. Rümpler wiedergewählt, welcher das Amt annahm. Als Stellvertreter wurde der Sportgenosse Ballschuh (Sportlust) und als Schriftführer Sportgenosse Geyer (Minerva) gewählt. Desgleichen fungieren die drei Sportgenossen als Prüfungskommission. Als Protestkommissionsmitglieder wurden gewählt: Rümpler (Kröllwitz), Thomas (Lettin), Bode (Minerva), Damm (Dölau) und Schönfeld (Sportbrüder). Unter Punkt 5 lagen keine Anträge vor. Zu Punkt 6 ermahnte der Obmann nochmals die Vereine, zum 5. Februar Prüflinge nach dem „Volkspark“ zu entsenden, da zum 1. März die Serienspiele beginnen und für jede gemeldete Mannschaft zwei Schiedsrichter mitgemeldet werden müssen. Nachdem noch ein Dringlichkeitsantrag eingebracht war, welcher aber nicht verhandelt werden konnte, weil er von einem Sportgenossen gestellt worden war, welcher unserer Vereinigung nicht angehört, gab der Obmann die nächste Versammlung, welche am 19. Februar im „Jagdschloß“ stattfindet, bekannt.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, Gau 17, Bezirk 19

Am 24. Januar fand unsere diesjährige Bezirkskonferenz in Grunau statt. Trotz schlechten Wetters war die Versammlung gut besucht. Interesselos zeigten sich die Ortsgruppen Granschütz und Rössuln durch unentschuldigtes Fernbleiben. Ehe zur Tagesordnung übergegangen wurde, verlas der Bezirksleiter [eine Resolu]tion über die schamlose Fürstenabfindung. Das Geld soll zur Arbeit[...] Verwendung finden. Diese Resolution wurde von allen Delegierten [...] Da viele Ortsgruppen unter dem Drucke von Stahlhelm und Werks[...] leiden haben, wurden vier Stiftungsfeste, eine Wanderfahrt und ein[...] beschlossen. Auch zu einem Bezirksfest wurde Stellung genommen. [...] saalfahrwart wurde angewiesen, Uebungsstunden für die Saal- und Tou[...] abzuhalten. Es sollen nur dort Uebungsstunden abgehalten werden, [...] gruppen im Besitze von Saalmaschinen sind. Die Regelung der Be[...] Wanderfahrten wurde dem Sportausschuß zur weiteren Bearbeitung [...] An alle Ortsgruppen unseres Bezirks ergeht der Ruf: „Auf, zur nächsten [...] nach Wählitz am 7. März 1926, wo unser Gauleiter Genosse Bandermann [...] ist. Die Bezirks[...]

Arbeiter-Sportkartell Annaburg

Das Ortskartell befaßte sich am 20. Januar in seiner Sitzung mit der [...] Wohltätigkeitsabends innerhalb der Arbeiter-Sportvereine zugunsten [...] kranker und ausgesteuerter arbeitsloser Mitglieder. Dieser wird am [...] in der „Neuen Welt“ stattfinden. Wir appellieren an die gesamte Ein[...] von Annaburg und Umgegend, diesen Abend, welcher aus Gesangsvort[...] rischen Aufführungen und radsportlichen Darbietungen bestehen wird, [...] reichen Besuch zu unterstützen. Ferner sei hiermit bekanntgemacht, da[ß am ...] und 7. Februar in Annaburg der Frankfurter Arbeiter-Olympiade-Film „[Die neue] Großmacht“ läuft. Er ist ein Propagandafilm für den Sport. [...] sich ihn anschauen. Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Amtlich. Am Montag, dem 1. Februar, findet im „Volkspark“ eine [...]sitzung statt. Dazu hat der Spieler Hädicke (Teutonia) zu erscheinen. Alle unserem Bezirk angehörigen Vereine beteiligen sich restlos an [...] vorführungen im „Volkspark“.

Folgende Vereine haben ihre Bezirksmeldelisten noch nicht abgeliefert: Gröbers, Teutonia und Löbejün. Die Disqualifikation bleibt demnach weiteres bestehen.

Am Sonntag, dem 31. Januar, besteht anläßlich des letzten Kreisspiel[s] ab 1 Uhr mittags für den ganzen Bezirk Spielverbot. J. A.: [...]

Gesellschaftsspiele am 31. Januar

½11 Uhr Giebichenstein Jugend — Fichte Jugend (Diemitz), ½11 Uhr [...] gegen Dölau 3. (Viktoria), 9 Uhr ASC. 2. — Giebichenstein 2. (Trotha) [...] Wörmlitz Jugend — ASC. Jugend (Minerva).

Zum Spiel **Dölau 1. — Köthen 1.** um die Kreismeisterschaft [...] auf dem Stadion sind als Linienrichter tätig: Geyer, Bode (Minerva) [...] Panzer (Fichte, Halle); als Protestkommission: Mutterlose (Kröllwitz) [...] (Lettin), Harzdorf (Viktoria). Treffpunkt ½2 Uhr bei Weinrich.

Vor dem Spiele findet das Spiel um die Gruppenmeisterschaft um [...] dem Stadion statt: **Minerva 2. — Sportlust 2.** Schiedsrichter: Stengel [...] Linienrichter stellt Radewell zwei Mann.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Serienspiele für Sonntag, den 31. Januar

1. Klasse. 2 Uhr Wörmlitz 1. — ASC. 1. (Wörmlitz), Kraußer, Fi[chte] Nietleben 1. — Schwimmer 1. (Nietleben), Diener, Achilles.

2. Klasse. 2 Uhr ASC. 2. — Othello 1. (Peißnitz), Minerva; 2 Uhr [...] gegen Ammendorf 2. (Teicha), Schwimmer; 11 Uhr Minerva 1. — [...] (Minerva), Wörmlitz; 2 Uhr Merseburg 1. — Fichte 2. (Merseburg), Di[...]

Sportlerinnen. 2 Uhr Fichte — Minerva (Fichte), Othello; 3 Uhr Kröll[witz] ASC. (Peißnitz), Sportlust; 2 Uhr Sportlust — Giebichenstein (Sportlust)

Jugend. 10 Uhr Fichte 1. — Othello 1. (Fichte), Ammendorf.

Gesellschaftsspiele für Sonntag, den 31. Januar

3 Uhr Fichte 1. — Adler 1. (Fichte), Walter, Othello; 11 Uhr Fichte [...] Kröllwitz (Fichte), Nietleben; ½2 Uhr Frisch auf Nietleben 2. — Dölau [...]leben), Fichte; ½10 Uhr Frisch auf Nietleben 1. Jugend — Ammendorf [...] (Nietleben), Kröllwitz; 9 Uhr Fichte 2. Jugend — Dölau 1. Jugend [...] 11 Uhr Frisch auf Nietleben Sch. — Dölau Sch. (Nietleben), Achilles; [...]litz Sch. — Adler Sch. (Wörmlitz), Atlas; 3 Uhr Schafstädt 1. — A[...] (Schafstädt), ASC.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Da der Zeitungsvertrieb des Bundes jetzt an die Ortsgruppen bzw. [ein]zelnen Klubs erfolgt, ersuche ich um sofortige Meldung, wenn die Zeitung eingetroffen sind. Um am 15. jeden Monats abrechnen zu können, ersuche [ich die] Ortsgruppen bzw. Klubs, in der ersten Monatshälfte die Bezirks- [und] Bundesbeiträge abzurechnen, desgleichen 5 Pf. Zeitungsgeld. J. A.: Otto Kret, 1. Be[...]

Am 31. Januar, vormittags um 10 Uhr, findet im „Volkspark“ [...] kommissionssitzung statt. Ersuche um vollzähliges Erscheinen. J. A.: Herm[...]

Ortsgruppe Halle

Am 31. Januar findet im „Volkspark“ in Halle von 1 bis 6 Uhr [...] Freundschaftsspiel zwischen Streitköpfe Zörbig und Frisch Drauf Halle [...]

Arbeiter-Keglerbund, Gau Halle-Thüringen

Am Sonntag, dem 31. Januar, findet in Halle im „Volkspark“ um [...] Sitzung des Gesamt-Gauvorstandes statt. Dazu sind der Bezirks- und [...] vorstand von Halle eingeladen. Der Gauvorstand. J. A.: [...]

Vom Deutschen Arbeiter-Keglerbund

In unserer Sportbeilage vom 19. Januar ist unter vorstehender Ueber[schrift eine] Resolution veröffentlicht worden, die auf dem Bundestag angenommen [...] Die Notiz ist dahin zu berichtigen, daß der Bundestag bereits am 24. [Ok]tober v. J. stattgefunden hat. Der Sitz des Bundes ist nach wie vor in [...] nicht in Meerane. Die Adresse des Bundesvorstandes lautet: Walter Lis[...] Chemnitz i. Sa., Sonnenstraße 7.

Boxsport

Der hallische Amateur-Sportklub „International“ beabsichtigt, am nächs[ten Sonn]tag einen Großkampftag im Boxen abzuhalten. Es ist erfreulich, [daß dieser] kleine Verein bahnbrechend auf dem Gebiete des Arbeiter-Boxsports [...] ist ihm ein guter Erfolg zu wünschen. Wie an den Plakaten ersichtlich, [tritt „Inter]national“ an diesem Tage der Magdeburger Städtemannschaft gegenüber. [Aller] Voraussicht nach wird es an diesem Tage gute sportliche Kämpfe geben. [„Inter]national“, welcher seit fünf Jahren Meister unseres Kreises ist, wird [sich seiner] Aufgabe würdig zeigen. Die erfolgte Paarung der einzelnen Kämpfer [...] Gegenüberstellung: Fliegengewicht: Paul Wirth (Int.) — Walter [...] 98 Magdeburg); Bantamgewicht: Karl Gutsche (Int.) — Otto Seifert [...] Magdeburg); Federgewicht: Otto Hintze (Int.) — Walter Siegert (Adler [...]burg); Leichtgewicht: Willy Limpert (Int.) — Hermann Lange (Adler [...]burg); Weltergewicht: Anton Predeck (Int.) — Walter Fischer (Adler [...]burg); Mittelgewicht: Karl Sander (Int.) — Herm. Bühnemann (Adler [...]burg). Außerdem werden noch zwei Einleitungskämpfe geboten. Also [...] ein Programm, das sich sehen lassen kann.

Fichte Halle (Handball). Alle Spielführer werden hiermit aufgefordert, die Mannschaften namentlich (Geburtstag, Paßnummer) bei dem Verein[...] zu melden, da bis zum 2. Februar die Mannschaften zwecks Neuanmeldung [zur] Serie gemeldet werden müssen. 2. Mannschaft Freitag nach der Turn[stunde Mann]schaftssitzung.

Fußballabteilung Fichte Halle. Freitag 8 Uhr in der „Sonne“ wichtige [...]

TV. „Die Naturfreunde“, Halle. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr in der [Jugend]herberge, Weingärten, Vortrag des Genossen Olešķi über „Das Pflan[...] Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Arbeiter-Sportkartell Böllberg-Wörmlitz. Am Donnerstag, dem 2[8. Januar,] abends 8 Uhr, findet eine **außerordentliche Kartellsitzung** des Sportkart[ells statt.] Es werden dazu eingeladen vom Bezirks-Jugendausschuß die Sportgenossen [...] und Damm sowie der Vereinsvorstand des neuen Kanuklubs von [...] Schwimmverein. Unbedingtes Erscheinen ist notwendig.

Diemitz. Der Arbeiterschaft von Diemitz und Umgegend zur Kenntnis, [daß der] Athletenklub (Kraftsportklub) Diemitz gehört noch immer dem Bunde des [Arbeiter-] Athletenbundes Deutschlands an. Das Gerücht, daß der Kraftsportklub [zum] bürgerlichen Verband übergetreten sei, beruht auf Unwahrheit. Der Kr[...] muß von der Arbeiterschaft noch genau wie früher unterstützt werden. [Vor] Verbreitung des unwahren Gerüchtes wird dringend gewarnt. Ortskartell [...]

Freundschaft-Ringkampf und Boxkampf im Gasthof „Wehlitz“ zu Wehlitz. [...]sport- und Artistenklub Atlas Halle — Sportklub Edelweiß Schkeuditz. [...] eine werden am 31. Januar ihre besten Ringer und Boxer stellen, um [den] fern der Arbeitersportbewegung Stehenden zu zeigen, daß auch in den Athletenvereinen gute Leistungen gezeigt werden.

5. Kreis, 4. Bezirk

Ich habe schon bekanntgegeben, daß alle Fragebogen bis 15. Januar [in meinen] Händen sein sollten. Trotzdem hat die Hälfte der Vereine nichts oder [...]haft eingesandt. Ich fühle mich deshalb veranlaßt, nochmals zu [...] haben noch nicht eingesandt: Aue, Bornitz, Droyßig (Fußball), Etzoldshain, Gröben-Runthal, Keutschen, Kirchsteitz, Kretzschau, Lösau, Leißling, Streckau, Lunstädt, Markwerben, Naumburg (Turner), Naumburg [...] Naundorf, Nellschütz, Pirkau (ohne Angabe der Mitglieder), Profen [...] Profen (Fußball), Rössuln, Silbitz, Teuchern (Fußball), Theißen, Unternessa (Fußball), Wethau, Weißenfels 93, Weißenfels Allg., Zeitz (Turner) (Schwimmer), Zeitz-Aue (Fußball), Zorbau (Turner), Zorbau (Fußball), [...] Zetzsch (ohne Angabe der Mitglieder). Ich muß die Vereinsleiter [er]mahnen, ihren Pflichten sobald wie möglich nachzukommen. A. Hilbert, Bezirk[sleiter].

Frauenturnen, Gruppe Weißenfels. Sonntag, den 31. Januar, fin[det ...] Gruppenturnstunde in Langendorf bei Vorbeer vormittags [...] Uebungsstoff, Bezirksturnfest. Ich bitte um zahlreiches Erscheinen.

2. Kreis, 3. Bezirk (Handball). Am Sonntag, dem 24. Januar, weilte [...] 1895 Dessau 1. in Jeßnitz zum fälligen Serienspiel gegen Freie Turner 1. [Das Spiel] wurde nach zehn Minuten Spieldauer vom Schiedsrichter unentschieden [abgebrochen,] da der Platz nicht spielfähig war.

Werbt für den „Klassenkam[pf“]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260127-18/fragment/page=0008